Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 151 | Donnerstag, den 2. Juli 1931 | 6. Jahrgang

Amerikas letztes Wort?

Ein neues Memorandum an Frankreich. — Von der Linie Hoovers wird aber nicht abgegangen.

Die in Paris geführten französisch-amerikanischen Verhandlungen sind auch am Mittwoch nicht vom Fleck gekommen. Das Ereignis der Mittwoch-Besprechungen war die Uebermittlung eines

Memorandums des amerikanischen Staatspräsidenten

an die französische Regierung. In diesem, sieben Schreibmaschinenseiten umfassenden Dokument, dessen Veröffentlichung am Donnerstag von Washington aus vorgenommen werden soll, setzt Hoover im wesentlichen auseinander, warum er an seinem bisherigen Standpunkt festgehalten hat und weiterhin festhalten wird. Neue Vorschläge zur Ueberwindung der bisher bestehenden Differenzen sollen in dem Memorandum nicht enthalten sein. Jedoch würden einzelne Punkte des Dokuments durch die amerikanischen Verhandlungsführer mündlich erläutert.

Die französische Regierung wird sich mit dem neuesten Dokument des amerikanischen Staatspräsidenten am Donnerstag vormittag befassen. Bis dahin dürfte ihr von Amerika

ein neuer Vermittlungsvorschlag

unterbreitet werden, der darauf hinausläuft, die ungeschützte Annuität bis auf weiteres durch

deutsche Sachleistungen

sichern zu lassen. Deutschland soll zum Zwecke der Finanzierung dieser Leistungen langfristige Schuldverschreibungen über 450 Millionen jährlich ausgeben. Die Tilgung ist in 25 gleichen Raten und zwar in der Zeit von 1933 bis 1958 gedacht.

Inwieweit dieser neue Vorschlag die Möglichkeit zu einer Verständigung bietet, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Die Entscheidung darüber liegt jedoch in erster Linie bei Frankreich.

Noch keine Annäherung.

Ein französisches Kommunique.

Paris, 2. Juli. (Eig. Drahtb.). Ministerpräsident Laval übergab der Presse nach der gestrigen Nachmittagssitzung folgendes Kommunique über die Beratung:

„Im Laufe der Sitzung haben Schatzkanzler Mellon und Botschafter Edge den Text eines Schriftstückes bekanntgegeben, das dazu bestimmt ist, Aufklärung über die Stellung der amerikanischen Regierung bei den im Gang befindlichen Verhandlungen zu geben. Dieses Memorandum läßt außer dem Willen der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen, noch merkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen erkennen. Das Dokument wird von der Washingtoner Regierung veröffentlicht, von den interessierten französischen Ministerien durchgearbeitet und im Laufe eines Ministerrats geprüft werden, der für morgen vormittag einberufen wurde. Die nächste Sitzung der französischen und amerikanischen Unterhändler findet Donnerstag abend um 9.30 Uhr statt."

Das Kommunique zeigt, daß bisher eine Annäherung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt nicht erfolgt ist. Der späte Termin für die nächste Beratung ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Laval und Finanzminister Flandin am Donnerstag nachmittag in der Kammer festgehalten sind.

Französische Enttäuschung.

Paris, 2. Juli. (Eig. Funkm.). Das amerikanische Memorandum, das am Mittwoch dem französischen Unterhändler überreicht worden ist, wird von den französischen Zeitungen durchweg ungünstig beurteilt. Der „Matin" gibt kein Werturteil ab, erklärt aber, daß Frankreich unter Berücksichtigung der prinzipiellen Vorbehalte der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Parlament klar formuliert habe, nicht abseits bleiben dürfe, damit es in einem Jahre sagen könne, es habe loyal an einem Unternehmen teilgenommen, das man als eine edelmütige, aber letzte Untersuchung über die deutsche Nachkriegsmentalität betrachten könne. Das „Journal" schreibt, daß das amerikanische Memorandum nicht dazu angetan sei, eine Lösung zu erleichtern. Es sei ein sonderbares Vorgehen, Frankreich Beschlüsse aufzuzwingen, für die es allein zu entscheiden habe. Diese Taktfehler seien umso bedauerlicher, als sie in keinem Verhältnis zu den Meinungsverschiedenheiten ständen, die durchaus nicht unlösbar seien. Das „Echo de Paris" bezeichnet das amerikanische Memorandum als unannehmbar. Der Kern des ganzen Unternehmens sei, daß die amerikanischen Bankiers, die über die politische Lage Deutschlands sehr beunruhigt seien, ihre Kapitalien zurückziehen möchten und den Wunsch hätten, daß französisches Geld an ihre Stelle trete. Frankreich habe dem amerikanischen Vorschlage in weitgehendem Maße zugestimmt, aber in der Frage des Garantiefonds könne es nicht kapitulieren.

Frankreich verzichtet auf politische Garantien.

Die französische Regierung hat inzwischen die bisher im Zusammenhang mit dem Hoover-Plan von Deutschland geforderten politischen Garantien, die sich auf die Anerkennung der deutschen Ostgrenze, den Verzicht auf Zollunion und Anschluß von Oesterreich usw. beziehen, fallen gelassen.

Am Verhandlungstisch.

Von links nach rechts: Außenminister Briand, der amerikanische Botschafter Edge, Ministerpräsident Laval, der amerikanische Schatzsekretär Mellon, Wirtschaftsminister Poncet.

Die Lage Deutschlands.

Grumbach und Loucheur berichten.

Paris, 2. Juli. (Eig. Funkm.). In der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses der Kammer erstattete der Sozialist Grumbach gemäß dem ihm vor einer Woche erteilten Auftrag einen Bericht über die gegenwärtige Lage Deutschlands, über die er sich während seiner Reise nach Leipzig zum Parteitag der Sozialdemokratie genau unterrichten konnte. An Hand von Material legte Grumbach in seinem einstündigen Vortrag die Not der Arbeitslosen, die Lasten, die die Arbeiterklasse zu tragen hat, und die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten dar. Er setzte die Gründe auseinander, die Frankreich dazu veranlassen müßten, Deutschland zu Hilfe zu kommen. Um vollkommen objektiv zu bleiben, überließ er es jedoch dem Ausschuß, aus seinen Darlegungen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Anschluß daran gab Loucheur ein Exposé über die Maßnahmen, die nach seiner Ansicht zur Besserung der Lage Deutschlands ergriffen werden müssen. Er sprach sich u. a. für ein allgemeines Moratorium aus, was sich auch auf die Privatschulden beziehen müsse. Vor allem müsse man die deutsche Währung retten und die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches weiter sanieren. Der Kommission dankte den beiden Berichterstattern für ihre interessanten Ausführungen und beschloß, die Diskussion heute fortzusetzen und das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Das Memorandum.

Washington, 2. Juli. (Eelunion). Das im Auftrage des Präsidenten Hoover von Castle und Morrow ausgearbeitete Memorandum bringt klar zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages im Laufe des nächsten Jahres

rund 100 Mill. Dollar mehr einbüßen würde,

als wenn es dem Hoover-Plan zustimmte. Zweifellos würde Deutschland, wenn der Hoover-Plan abgelehnt werden sollte, ein Moratorium für die geschützten Zahlungen erklären. Selbst unter der Voraussetzung, daß Deutschland fortfahren würde, die ungeschützten Zahlungen zu leisten, würde Frankreich zwar annähernd 105 Millionen Dollar erhalten, andererseits aber gezwungen sein, 106 Millionen Dollar als Garantiefond an die BIZ. und weitere 110 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten und England abzuführen. Das bedeute also einen Verlust von 100 Millionen Dollar.

In dem Memorandum wird erneut betont, daß die Gefahr einer Krise in Deutschland noch immer drohe.

Schon der Hoover-Plan allein habe das Vertrauen wiederkehren lassen. Das habe sich in der Steigerung aller Waren und Effektenpreise auf allen Weltmärkten widergespiegelt. Die Bedingungen, die Frankreich an die Annahme des Vorschlages knüpfe, stünden nicht im Einklang mit dem Geist des Vorschlages des Präsidenten. Sie seien vielmehr geeignet,

die beabsichtigte Hilfsaktion für Deutschland zu verhindern.

Das Memorandum wendet sich dann einzelnen umstrittenen Punkten zu. Amerika sei der Ansicht, daß sämtliche gestundeten Zahlungen über einen Zeitraum von 25 Jahren fundiert werden sollten, und zwar zu einem Zinsfuß, der dem von den Gläubigerregierungen auf die eigene öffentliche Schuld gezahlten Durchschnittssatz entspreche. Wesentlich sei natürlich, daß die Zahlungen auf Grund aller bestehenden Abmachungen nach Ablauf eines Jahres wieder aufgenommen würden. Auf diese Weise wäre die Fortdauer der genannten Abmachungen keineswegs gefährdet. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei damit einverstanden, daß Deutschland den ungeschützten Teil der Annuität an die BIZ. abführe, vorausgesetzt, daß der Betrag der Reichsregierung auf dem Anleihewege unverzüglich zurückerstattet werde. Der französische Wunsch aber, daß diese Anleihe nicht der deutschen Regierung, sondern der deutschen Industrie und Finanzkonzernen zur Verfügung gestellt werde, sei

unvereinbar mit dem Hilfsplan des Präsidenten.

Auch die Anregung der französischen Regierung, daß ein Betrag von 25 Millionen Dollar aus den ungeschützten Zahlungen den durch Ausfall der Reparationseingänge besonders geschädigten mitteleuropäischen Ländern in Form einer Anleihe zuzuweisen sei, stelle eine Verletzung des Hooverschen Vorschlages dar. Die Washingtoner Regierung halte zwar daran fest, daß der gestundete Betrag über 25 Jahre verteilt werde, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, wenn andere Streitfragen aus der Welt geschafft würden. Besonders, wenn während der beiden nächsten Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

Die Befürchtungen Frankreichs,

daß es gezwungen werden könnte, den Garantiefond in die BIZ. einzuzahlen, seien grundlos, weil alle Regierungen dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt hätten. Wenn Frankreich wirklich Angst habe, dann sollten die übrigen Regierungen ausdrücklich Frankreich von der Besorgnis befreien. **Die französische Forderung aber, daß die von Deutschland während des Moratoriumjahres an die BIZ. abgeführten und auf dem Anleihewege wieder zurückerworbenen Beträge dem Garantiefond in der Weise gutgeschrieben werden sollten, als ob Frankreich selbst die Garantiezahlung geleistet hätte, stehe nicht nur mit dem Geist, sondern mit dem Wesen des Hooverschen Angebots in völligem Widerspruch.**

Außerdem verwickle diese Sonderforderung die Vorschriften des Youngplanes, was die französische Regierung doch besonders ängstlich zu vermeiden wünsche. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne über eine Abänderung des Youngplanes selbstverständlich nicht verhandeln, da sie ihn nicht unterzeichnet habe.

Abschließend appelliert die Washingtoner Regierung nochmals an Frankreich und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Pariser Regierung einen Weg finden möge, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und den Plan Hoovers in Wirksamkeit zu setzen, **da kein Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sei, ohne daß alle Staaten vorübergehende Opfer auf sich nähmen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0001

Die Hoover-Verhandlungen.

Konferenz aller am Youngplan interessierten Mächte.

Paris, 2. Juli. (Telunion). Von gut unterrichteter französischer Seite verlautet, daß Amerika Anregungen nicht zugänglich sein werde, die von gewisser Seite ausgingen und nach denen eine allgemeine Konferenz aller am Youngplan interessierten Mächte ins Auge gefaßt werden soll, die in Kürze einzuberufen wäre. Als Tagungsort käme u. a. Paris in Betracht. Jedenfalls sei die allgemeine Tendenz auf eine Verallgemeinerung der Verhandlungen und ihre Ausdehnung auf andere Mächte gerichtet.

Offenbar ist mit der Konferenz unter anderem der Hinweis Amerikas gemeint, daß die Frage des Garantiefonds Sache der Youngplangläubiger sei.

Die Amerikaner sind nach wie vor hoffnungsvoll.

Washington, 2. Juli. (Eig. Funkm.). Der amerikanische Unterstaatssekretär Castle erklärte am Mittwoch nach einer längeren Unterredung mit dem Präsidenten Hoover, daß das neue Memorandum des Präsidenten an Frankreich „sehr wohlwollend aufgenommen" worden sei. Die Lage sei wieder hoffnungsvoll. Das Memorandum wurde in der Nacht zum Donnerstag der Presse übergeben. Castle bemerkte dazu, daß das Memorandum lediglich den Zweck habe, die amerikanische These ganz klar herauszuarbeiten. Amerika werde bei gewissen Punkten nachgeben, aber bei anderen nicht nachgeben können. Irgendwelche neuen Zugeständnisse an Frankreich enthält das Memorandum nicht. Von amerikanischer Seite wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß man zurzeit für den Fall des Scheiterns der Pariser Verhandlungen mit anderen Regierungen noch nicht über einen neuen Plan Hoovers verhandele.

Keine Lösung ohne Frankreich.

Washington, 2. Juli. (Telunion). In deutschen Zeitungen war ein Angebot des Präsidenten Hoover an England, Italien und Deutschland veröffentlicht worden. Das amerikanische Staatsdepartement im Auftrag des stellvertretenden Staatssekretärs dementiert die oben erwähnte Nachricht. Sollte eine Abänderung im Zusammenhang mit der vom Präsidenten Hoover vorgeschlagenen Suspendierung der Zahlungen zu irgendwelcher Zeit in Erwägung gezogen werden, so würde sie selbstverständlich vorerst Frankreich mitgeteilt werden.

Freie Wirtschaft gefällig?

Die großkapitalistische Presse erregt sich über eine Rede, die der Reichsfinanzminister Dietrich in Eisenach gehalten hat. In dieser Rede hat Dietrich den Satz geprägt, daß der Weg zurück zu einer freien und ungebundenen Wirtschaft restlos nicht mehr möglich sei. Auf Grund dieses Satzes sehen die großkapitalistischen Organe in Dietrich einen Verräter am Kapitalismus. Sie schwören in den höchsten Tönen, daß gerade jetzt der Weg zu einer restlos freien Wirtschaft zurückführen müsse.

Wir erlauben uns zu fragen: Ist den Herrschaften wirklich eine restlos freie Wirtschaft gefällig? Man könnte ja einen Anfang zu diesem Rückweg machen. Man könnte zum Beispiel mit der Aufhebung der Osthilfe beginnen, man könnte alle direkten und indirekten Subventionen für die Landwirtschaft gänzlich einstellen, man könnte vom heutigen Hochschutzzollsystem zum absoluten Freihandel übergehen — denn, nicht wahr, der Freihandel ist das Ideal der restlos freien Wirtschaft! Man könnte vor allen Dingen zur Sicherung der restlosen Freiheit der Wirtschaft jede Bildung von Monopolen, von Trusts und Kartellen um Preisringen absolut verbieten. Man könnte die Subventionen für die Großindustrie einstellen.

Alles Maßnahmen zur „Befreiung der Wirtschaft". Hei, wie die Herren Unternehmer und ihre journalistischen Landsknechte schreien würden, wenn ein derartiger Versuch wirklich unternommen werden würde. Sie wollen ja gar nicht die freie Wirtschaft, sie wollen etwas ganz anderes, nämlich die absolute Herrschaft der gebundenen Wirtschaft über den Staat. Das Schlagwort des Manchester-Liberalismus von der freien Wirtschaft muß heute herhalten, um die Machtgelüste des Monopolkapitalismus als falsche Flagge zu decken.

Gegen das akademische Rowdytum.

Protest der sozialistischen Studenten in Berlin.

Berlin, 2. Juli. (Eig. Funkm.). Die linkseingestellte Berliner Studentenschaft protestierte am Mittwoch öffentlich gegen das Rowdytum an der Berliner Universität und forderte die Lehr- und Lernfreiheit. In einer von der sozialistischen Studentenschaft während einer großen Kundgebung im Lehrervereinshaus angenommenen Entschließung heißt es, daß die Terrorakte der nationalsozialistischen Studenten planmäßig vorbereitet worden seien und als gemeine Ueberfälle auf Andersdenkende betrachtet werden müßten. Die von dem Rektor der Berliner Universität getroffenen Maßnahmen seien in keiner Weise geeignet, dem Rowdytum der Nationalsozialisten wirksam entgegenzutreten. Die sozialistische Studentenschaft protestiere deshalb auch gegen das Verhalten des Rektors und fordere die Anwendung schärfster disziplinarischer Maßnahmen gegen die Verantwortlichen der letzten Krawalle. Sie verlangten ferner die Auflösung der nationalistischen Gruppen an der Universität.

Die Münchener Universität

ist immer noch geschlossen. Die gegen die nationalsozialistischen Studenten eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, so daß das Kultusministerium noch keine Entscheidungen zu der Sache getroffen hat. Da die große Mehrheit der Studentenschaft die unerhörten Skandalszenen der Hakenkreuzler auf das entschiedenste verurteilt und den Ausschreitungen fernsteht, soll die Universität in einigen Tagen wieder geöffnet werden. Inzwischen verbot die Polizeidirektion München eine öffentliche Versammlung der Hakenkreuz-Studenten, in der die Hetzarbeit der akademischen Hitleragitatoren fortgesetzt werden sollte.

Um die Regierung zu einer öffentlichen Stellungnahme zu den Nazi-Hetzereien in der Universität zu zwingen, hat die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag eine Anfrage eingebracht, in der es heißt: „Wie lange gedenkt das Gesamtministerium als oberste Aufsichtsbehörde der seit Jahren betriebenen Verhetzung der studentischen Jugend durch die nationalsozialistische Propaganda noch untätig zuzusehen? Ist sie endlich bereit, zum Schutze des Lehr- und Lernbetriebs an den bayerischen Hochschulen und zur Erhaltung ihres kulturellen Rufes rücksichtslos durchzugreifen?"

Schutz gegen Mordbanden.

Die Polizeibeamten sind kein Freiwild.

Der Preußische Innenminister wird in den nächsten Tagen einen neuen Erlaß über das Schießrecht der Polizei herausgeben. In diesem Erlaß dürfte darauf hingewiesen werden, daß eine Zurückhaltung im Gebrauch der Schußwaffe nicht angebracht ist bei Angriffen auf Leib und Leben der Beamten, bei Angriffen auf die unter dem Schutz der Beamten stehenden Personen und bei Angriffen gegen den Staat. Wenn beispielsweise die Beamtenschaft in Zukunft bei ihrem Vorgehen mit Steinen beworfen oder gar mit der Schußwaffe empfangen wird, dann ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, sich mit der Waffe ihrer Haut zu wehren.

*

Den letzten Anstoß zu diesem Erlaß gab die jüngste Mordtat an einem Berliner Schupobeamten. Vorläufig konnte noch nicht festgestellt werden, wer bei der Demonstration in der Frankfurter Allee am Dienstag abend den tötlichen Schuß auf den Beamten abgegeben hat. Aber darüber, daß diese Demonstration planmäßig vorbereitet war und diese Vorbereitung von Kommunisten ausging, ist nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung kein Zweifel mehr möglich. Wenn trotzdem die Zentrale der KPD. ihre Hände wieder einmal in Unschuld wäscht und erklären läßt, daß „weder von ihrer zuständigen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg noch von irgendeiner anderen Organisation der KPD. die Demonstration in der Frankfurter Allee veranlaßt" worden ist, so besagt das nichts für die Lauterkeit der Kommunistischen Partei. Die KPD. hat noch niemals den Mut besessen, für ihre Handlungen offen und ehrlich einzustehen. Solange sie besteht, geht ihr Sinnen und Trachten dahin, ihre Anhänger mit der Staatsgewalt in Konflikt zu bringen, sie vor die Flinten der Polizei zu treiben. Ist es soweit, dann stellt sie sich aus Feigheit dumm, als ob es keinen legaleren Klub auf der ganzen Welt gäbe, als die KPD. So geht es nicht weiter! Die Polizei ist kein Freiwild. Sie hat nicht nur das Recht, sie hat auch die Pflicht, sich ihrer Haut mit allen gegebenen Mitteln zu wehren. Wer gegen sie anstürmt, begibt sich in Gefahr und hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er darin umkommt.

Der Berliner Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Täters, der am Dienstag abend in der Frankfurter Allee einen tödlichen Schuß auf einen Polizeibeamten abgab, eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Außerdem hat er auf Veranlassung des Preußischen Innenministers verboten, daß das Abzeichen der Spartakiade weitergetragen wird. Wer sich gegen dieses Verbot vergeht, wird zwangsgestellt werden.

Im Verlauf der polizeilichen Abwehraktion gegen das Rowdytum wurde am Mittwoch u. a. auch in dem Berliner Hauptquartier der Spartakiade eine Haussuchung vorgenommen.

Die Polizeibeamten fordern Sicherheit.

Der Reichsbund Deutscher Polizeibeamten wendet sich mit folgender Erklärung an die Oeffentlichkeit:

„Im Laufe weniger Tage sind zwei Berliner Polizeibeamte des Bereitschaftsdienstes von ruchloser Hand gemordet worden. In Erfüllung ihrer Dienstpflichten für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Sicherung des republikanischen Staates setzen die Polizeibeamten täglich Gesundheit und Leben aufs Spiel. Bei allem Verständnis, das die Polizeibeamtenschaft der Notlage und der Verzweiflungsstimmung weiter Volkskreise entgegenbringt, muß sie ihren tiefsten Abscheu gegenüber jenen unverantwortlichen politischen Quertreibern zum Ausdruck bringen, die nunmehr seit Wochen eine wüste Hetze gegen die Polizei betreiben und die daher die wirkliche Schuld an den zu beklagenden Todesopfern trifft.

Die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten verwahren sich dagegen, daß unter dem Deckmantel einer sogenannten politischen Arbeiterbewegung die in Not befindlichen Teile der Bevölkerung verhetzt und gegen die an dieser Not unverschuldeten Polizeibeamten mobil gemacht werden. Sie selbst müssen trotz ihrer kümmerlichen Existenzbedingungen neue und schwere Opfer bringen. Die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten haben durch ihre Zugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung wiederholt ihre Solidarität mit den Massen des Volkes der Arbeiter und Angestellten bewiesen. Sie zählen sich zu den treuesten Dienern des republikanischen Volksstaates. Diese ihre Einstellung gibt ihnen das Recht, mit allem Nachdruck zu verlangen, daß dem überhandnehmenden unverantwortlichen Treiben politischer Drahtzieher ein Ende gemacht wird. Wir erwarten daher von allen republikanischen Länderregierungen, daß sie sofort die erforderlichen Vorkehrungen treffen."

Wahlbild aus Spanien

Außenminister Lerroux gibt bei den spanischen Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung in einem Wahllokal in Madrid seine Stimme ab.

Auch Amerika hat seine Sorgen.

3,8 Milliarden Fehlbetrag im amerikanischen Staatshaushalt.

Newyork, 2. Juli. (Telunion). Wie aus Washington gemeldet wird, schloß die Bundesregierung das Fiskaljahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 3792 Mill. RM. (903 Mill. Dollar) ab gegenüber einem Ueberschuß von 781 Mill. RM. (186 Mill. Dollar) im Vorjahre.

Verelendete Grubenarbeiter.

Newyork, 1. Juli. (Eig. Drahtb.). In Pittsburg trafen nach einem zweitätigen Hungermarsch 9000 verelendete Grubenarbeiter des amerikanischen Kohlendistrikts ein. Die Grubenbehörden trafen zwecks Vermeidung von Zwischenfällen umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen.

Inzwischen hat sich der amerikanische Staatspräsident einer Forderung des Grubenarbeiter-Verbandes bereit erklärt, zur Lösung der Schwierigkeiten innerhalb der amerikanischen Kohlenindustrie einzugreifen. Das Wirtschafts- und Arbeitsministerium sind mit der Ausarbeitung eines Stabilisierungsplanes für die Kohlenindustrie beauftragt worden. Die Leitung des Grubenarbeiterverbandes bezeichnet die Zustände innerhalb der amerikanischen Kohlendistrikte für die Arbeiter als unmenschlich und als Sklavenarbeit.

Neue Note des Vatikans an Mussolini.

Rom, 1. Juli. (Telunion). Die Kurie hat der italienischen Regierung eine neue Antwortnote übermitteln lassen, über deren Inhalt stillschweigen bewahrt wird. Seit dem Beginn des Streites um die katholische Aktion ist das die siebente Note, die zwischen beiden Parteien ausgetauscht worden ist.

Kürten hingerichtet.

Der Düsseldorfer Massenmörder Kürten,

der am Mittwoch unter starker Bedeckung aus der Düsseldorfer Strafanstalt nach Köln transportiert wurde, ist hier heute beim Morgengrauen durch Fallbeil hingerichtet worden. Die Hinrichtung erfolgte in der Strafanstalt Klingelpütz.

Der Massenmörder, der seine letzte Nacht mit drei katholischen Geistlichen verbrachte, schrieb an die Angehörigen seiner Opfer kurze Briefe, in denen er zum Ausdruck brachte, daß er seine Taten bereue und um Verzeihung bitte. Die Hinrichtung erfolgte durch den Magdeburger Scharfrichter Goedecke in Gegenwart des Düsseldorfer Oberstaatsanwalts, der Beschlußkammer, Vertretern der preußischen Staatsregierung und mehreren Wissenschaftlern.

Inflationshetze beim Hakenkreuz.

Das ostpreußische Organ der Nationalsozialisten, die „Preußische Zeitung", hat sich bemüht, ihr Teil zu dem Ansturm auf die deutsche Währung beizutragen. Sie hat die erlogene Meldung gestissentlich verbreitet, daß die preußische Regierung Anweisung gegeben habe, die Gehälter der Beamten nur in Silber auszuzahlen. Der Zweck der Meldung war ganz offenkundig, das Vertrauen in die deutsche Währung zu erschüttern und eine Inflationspanik unter der Bevölkerung zu erzeugen. Es ist kein Zweifel, daß eine derartig gewissenlose Hetze ein Stück wirtschaftlichen Landesverrats darstellt. Den Dunkelmännern vom Hakenkreuz aber ist jedes Mittel recht, das dazu dienen könnte, Deutschland in eine Katastrophe zu stürzen.

Ungarische Terrorwahlen.

Budapest, 1. Juli. (Eig. Drahtb.) Die ungarischen Parlamentswahlen sind beendet; ihr endgültiges Ergebnis ist erst am Donnerstag zu erwarten. Immerhin steht bereits fest, daß unter dem Terror der Behörden die Regierungsmehrheit außerordentlich stark geworden ist. Von der Opposition wurden nur 5 Kleinlandwirte und zwei Sozialdemokraten gewählt.

Wilde Nazis. Das Schöffengericht Köln verurteilte am Mittwoch den Führer einer Nazi-Sturmkolonne namens Winkelkemper zu sechs Monaten Gefängnis. Fünf Nationalsozialisten, die mit Winkelkemper zugleich vor Gericht standen, wurden freigesprochen. Die Angeklagten hatten im März in einem Vorort von Köln eine Zentrumsversammlung gesprengt und bei dieser Gelegenheit wie die Hunnen gegen ein Muttergottesbild gehaust. Mehrere Personen, darunter der Zentrumsredner, wurden erheblich verletzt. Die Angeklagten behaupteten vor Gericht, von den Zentrumsleuten gereizt und zum Teil auch angegriffen worden zu sein. Dagegen sagten die Zeugen mit Ausnahme der geladenen Nationalsozialisten übereinstimmend aus, daß Winkelkemper der Hauptstörenfried war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0002

Die Tragödie des Malers.

Eine Diebstahlsaffäre des bekannten Berliner Malers

Franz Heckendorf

und dessen Bruders Walter, gegen die die Staatsanwaltschaft am Mittwoch Haftbefehl erlassen hat, erregt in Berlin großes Aufsehen. Franz Heckendorfer wird vorgeworfen, mehrere von seinem Bruder Walter gestohlene Kunstwerke verkauft zu haben. Im Laufe der Vernehmungen haben beide ein Geständnis abgelegt. Die Untersuchung der Kriminalpolizei ist jedoch noch nicht abgeschlossen, da noch eine ganze Reihe von Einbrüchen in den westlichen Vororten der Aufklärung bedürfen. Es besteht die Möglichkeit, daß Walter Heckendorf auch an diesen Diebstählen beteiligt ist. Die Vorgeschichte der Verhaftung geht auf den Anfang dieses Jahres zurück. Aus dem Garten eines Wannseer Villenbesitzers wurde Mitte Januar eine Plastik Georg Kolbes gestohlen. Diese Plastik entdeckte man durch Zufall einige Zeit später in der Wohnung eines Rechtsanwaltes Dr. Krüger, der sie zum Preise von 2 500 Mark von Franz Heckendorf erworben hatte. Der Anwalt gab das gestohlene Kunstwerk sogleich zurück und teilte der Kriminalpolizei mit, daß er von Franz Heckendorf einen Rembrandt, einen Liebermann sowie eine Reihe kostbarer Teppiche erworben habe, die, wie sich später herausstellte, sämtlich gestohlen worden waren. Es scheint, daß Franz Heckendorf unter dem verderblichen Einfluß seines Bruders Walter gehandelt hat, der bereits häufig mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist. Heckendorf befand sich in letzter Zeit in sehr schwieriger wirtschaftlicher Lage. Diese Notzustand machte ihn für die verbrecherischen Pläne seines Bruders empfänglich und ließ ihn zu dessen willenlosen Werkzeug werden. In der Berliner Kunstwelt ist man ungemein betroffen, da Franz Heckendorf als eines der stärksten Talente der modernen Malerei gilt.

Zeppelin über Island.

„Graf Zeppelin" überfliegt Reykjavik, die Hauptstadt Islands.

Reykjavik (Island), 1. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf hier früher als erwartet um 6,30 Uhr früh am Dienstag ein. Die Bevölkerung wurde durch das Dröhnen der Motoren geweckt. Das Luftschiff flog nach Borgarfjord weiter und kehrte kurz vor 8 Uhr nach Reykjavik zurück, wo Post aufgenommen wurde. Um 8,30 Uhr trat „Graf Zeppelin" den Rückflug an.

Die Auswechslung der Post von und an Bord des „Grafen Zeppelin" erfolgte auf einer Ebene des Oeffjuhlid-Hügels, der für diesen Zweck hergerichtet worden war. Nach dem ersten Erscheinen des Luftschiffes strömte die Bevölkerung zu Fuß und mit allen möglichen Verkehrsmitteln nach dem Hügel, und als gegen 8 Uhr das Luftschiff zurückkehrte, war rund die Hälfte der 28 000 Einwohner Reykjaviks versammelt.

Auf dem Hügel war ein Feuer als Richtungsweiser angezündet worden. Das Luftschiff flog ganz niedrig und warf die Postsäcke mittels Fallschirms ab, drehte dann nach Süden und kehrte bald wieder zurück. Es wurde eine Leine ausgeworfen, an der die aufzunehmenden Postsäcke befestigt werden sollten. Die Fahrt war jedoch ziemlich schnell, so daß die Befestigung der Postsäcke nicht gelang. Beim nächsten Versuch wurden die Motoren gestoppt, und die Aufnahme der Säcke ging nunmehr unter dem Jubel der Menge glatt vor sich. Die aufgenommene Post umfaßt rund 20 000 Briefe.

Vierbuchstaben-Luxus.

Im Braunen Haus in München gibt es einen sogenannten Senatssaal. Darin stehen 60 geschnitzte Sessel für die Hakenkreuzsenatoren, die Herr Hitler ernennen will. Diese Sessel sind von ungeheuer kitschiger Pracht. Bei einem jeden dieser Sessel hat allein die Schnitzerei 3 000 Mark gekostet. Soviel Geld für ein ganz gewöhnliches Sitzgerät? Man wird sich darüber nach den letzten Enthüllungen über die schwüle Atmosphäre des Braunen Hauses nicht weiter verwundern. Wer wie die besonders veranlagten Götter des Braunen Hauses seine zartesten Gefühle auf die zum Sitzen bestimmten Körperteile konzentriert, der wird schließlich auch einem Stuhlfetischismus huldigen und das Gerät, das zur Aufnahme der vier Buchstaben bestimmt ist, mit orientalischer Pracht und dem Aufwand ungeheurer Kosten ausstatten.

Der Reichskanzler hatte auch am Mittwoch eine Unterredung **mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin.**

Die gräflichen Gastwirte.

Fürst Radziwill stirbt und hinterläßt prozessierende Erben. — Ist eine Messe für ihn 50000 Mark wert?

Fürst Radziwill stand immer im Rufe eines Pariser Originals. Als er vor einigen Jahren starb, hinterließ er ein Vermögen, dessen Millionen hauptsächlich aus den trüben Quellen Monte Carlos geschöpft waren. Als Haupterben waren eingesetzt: die Gattin und die Grafen Rochefoucauld, die sich bei der Teilung der Riesensummen heftig in die Haare gerieten. Fürst Radziwill pflegte zu sagen: das Bild eines Verstorbenen schwindet nur dann nicht in den Herzen der Hinterbliebenen, wenn es von einem kostbaren Lorbeerkranz umrahmt ist. — Für diesen Lorbeerkranz hatte Fürst Radziwill in reichlichem Maße gesorgt. Eine seiner weiblichen Jugendbekanntschaften erhielt eine jährliche Rente von 10 000 Mark zugesprochen. Eine andere ihm nicht fernstehende Dame bekam 9000 Mark Rente. Die Gattin aus erster Ehe, die Fürstin Galitzin, erhielt die gleiche Summe. Testamentarisch waren die Erben zur Auszahlung der drei Renten verpflichtet.

Das Vermächtnis enthielt noch eine weitere sonderbare Bestimmung. „Wenn meine Familie, meine Frau und meine Vettern (die Grafen Rochefoucauld) Wert darauf legen, widerspreche ich dem nicht, daß jährlich zu meiner Erinnerung eine Messe gelesen wird. Aber in diesem Falle mache ich es zur Bedingung, daß meine Erben für jede Messe die Summe von 50 000 Mark an eine Freidenkergesellschaft überweisen ..."

*

In diesem einen Punkte waren sich alle Erben einig: für den verstorbenen Fürsten Radziwill ist niemals eine Messe gelesen worden. Aber hinsichtlich der Legate an die drei Frauen stellten sich bald Meinungsverschiedenheiten ein. Wer von den Erben sollte die Renten zahlen? Die Gattin, die den Hauptteil des Vermögens erbte, also die Aktien der Spielhölle Monte Carlo, entledigte sich einige Jahre dieser traurigen Pflicht, stellte sich aber dann — und nicht zu Unrecht auf den Standpunkt, daß die Grafen Rochefoucauld schließlich auch einmal an die Reihe kommen dürften. Diese Herren weigerten sich zuerst, ohne jede Begründung. Es ginge ihnen so schlecht, sagten sie schließlich, daß sie keine Renten an die einstigen Freundinnen und an die Gattin ihres Onkels zahlen könnten. Der Not gehorchend hätten sie, die Grafen Rochefoucauld, bereits zu dem verzweifelten Mittel greifen müssen, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ihr Schloß haben die Grafen in ein Wirtshaus umgewandelt, dem der nicht gerade geschmackvolle aber zugkräftige Name „Zum Maxim der Grafen Rochefoucauld" gegeben wurde. Die Vorfahren der feudalen Gastwirte hätten ihren Besuchern wahrscheinlich kostenlos Gastfreundschaft gewährt. Die Rochefoucaulds von heute sind sehr gerissene Geschäftsleute. Die Autmobilisten, die im „Maxim der Grafen von Rochefoucauld" halt machen, müssen für eine Tasse Tee, ein Mittagessen oder eine Flasche Champagner, Preise bezahlen, die neben denen der teuersten Luxuslokale in Ehren bestehen können.

*

Wie es heißt, geht das Geschäft sehr gut. Je „origineller" der Schauplatz des Vergnügens ist, umso größer die Ausgabefreudigkeit. Ein Gastwirt hat ein Vermögen damit verdient, als er die Villa des Frauenmörders Landru aufkaufte und ein elegantes Restaurant darin einrichtete. Welch süßer Schauer für die Gäste, die Speisen aus der gleichen Küche bekommen, in der „triste Herr von Gambais" einst seine zahlreichen Opfer im Ofen verbrannte! Ist es nicht beneidenswert, in dem gleichen Zimmer, vielleicht an dem gleichen Tische zu sitzen, an dem der Mörder eine seiner „Bräute" bewirtete, bevor er dazu schritt, sie umzubringen? Und dann, in unserem Falle — welch Genuß, in dem Schlosse eines echten Grafen zu speisen, dessen Onkel der Besitzer der Spielhölle von Monte Carlo gewesen ist! In einem Himmelbett zu übernachten, das vielleicht den Vorfahren deren von Rochefoucauld von der Madame Pompadour zum Geschenk gemacht wurde! Aus einer Tasse zu trinken, von einem Teller zu essen, aus dem schon — nein, das sind Genüsse, die nur mit schwerem Geld aufgewogen werden können . . . Und doch sind die Grafen Rochefoucauld nicht in der Lage, die Renten, an die ihr Erbe gebunden ist, zu zahlen? . . . Das Gericht hat jetzt darüber zu entscheiden . . . Wie sein Spruch auch ausfallen mag: das „Maxim der Grafen Rochefoucauld" ist jetzt erst recht der Anziehungspunkt der „eleganten Welt" Frankreichs geworden . . .

Post und Gatty am Ziel.

Der Flug um die Welt in neun Tagen.

Newyork, 2. Juli. (Eig. Funkm.). Die amerikanischen Flieger Post und Gatty, denen es gelang, in wenig mehr als neun Tagen einen Weltflug zu unternehmen und die damit einen Preis von 20 000 Dollar gewonnen haben, sind in der Nacht zum Donnerstag um 1.55 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem Roosevelt-Flugplatz gelandet. Die Flieger, die völlig erschöpft waren, wurden von Tausenden und Abertausenden von Menschen begeistert begrüßt. Es war der stark aufgebotenen Polizei unmöglich, die Absperrungen aufrechtzuerhalten, so daß die Flieger kurz nach ihrer Landung völlig umringt waren und wie die Puppen vom Platz getragen wurden.

Mörder seiner vier Kinder.

Bei der Beerdigung verhaftet.

Nürnberg, 2. Juli. (EF). Der verwitwete Maurer Stiegler, der am Montag in aller Frühe seine vier Kinder mit der Axt erschlagen hat, wurde am Mittwoch während der Beerdigung seiner Opfer festgenommen. Teilnehmer am Trauerzuge erkannten den Mörder, als er von einer Anhöhe in der Nähe des Friedhofes aus, der Beerdigung zusah. Stiegler ließ sich ohne Widerstand festnehmen und abführen.

Der Dank vom Hause Pleß. In Waldenburg erhängte sich der ehemalige Geheimsekretär des Fürsten Pleß, der nach 20jähriger Dienstzeit ohne jede Pension entlassen worden war. Der Selbstmörder hinterließ eine Mitteilung, in der er sagt, daß er seinem Leben ein Ende mache, um dadurch die Augen der Oeffentlichkeit auf die Not seiner Familie zu lenken.

Geheimnis um einen Mord. Der Mord an der Newyorker Choristin Vivian Gordon, der seinerzeit großes Aufsehen erregte, scheint ungesühnt zu bleiben. Die Polizei hatte kürzlich vier Mitglieder der Newyorker Unterwelt als der Tat dringend verdächtig verhaftet und glaubte, daß die vier bereits überführt seien. Jetzt sind jedoch die zwei Hauptbeschuldigten von der Untersuchungsbehörde als nicht schuldig entlassen worden.

Frankreichs neuer Präsident in der deutschen Botschaft.

Präsident Doumer verläßt die Botschaft nach seinem Besuch in Begleitung des deutschen Botschafters von Hoesch.

Der neue Präsident der französischen Republik, Paul Doumer, stattete der deutschen Botschaft ein Höflichkeitsbesuch ab. Es ist dies das erste Mal nach dem Kriege, daß ein französischer Präsident die deutsche Botschaft betrat.

Mordanschlag. Im Büro der Schlafwagengesellschaft in Wien wurde Mittwoch mittag ein Mordanschlag verübt. Der Wagenmärter Kresa war in das Personalbüro vorgeladen worden, um sich wegen einer Anzeige zu verantworten, die ein Kontrolleur wegen ungebührlichen Benehmens gegen ihn erstattet hatte. Nach kurzem Wortwechsel gab Kresa auf den Vorstand des Personalbüros, Walter, einen Revolverschuß ab und brachte ihm eine lebensgefährliche Kopfverletzung bei. Dann drückte der Attentäter die Waffe zweimal gegen seinen Kopf ab und verletzte sich schwer.

Hiltrud Breil festgenommen. In Paris wurden in der Mittwochnacht der 20jährige Baron Helmut von Hodenberg und seine Geliebte, die 16jährige Hiltrud Breil, Tochter eines Berliner Kunstmalers, in dem Augenblick festgenommen, als sie in einem Expreßzug aus Paris zu entkommen versuchten. Von der Familie der Hiltrud Breil ist gegen Hodenberg wegen Entführung einer Minderjährigen Strafanzeige erstattet worden. Hodenberg und seine Freundin führten falsche Pässe mit sich, als sie festgenommen wurden. Vor ihrer Abschiebung nach Deutschland wird ihnen deshalb in Paris der Prozeß gemacht werden.

Tragischer Verbrennungstod. In dem Eifelort Hellenthal brannte der Holzschuppen einer Zelluloidfabrik nieder. Beim Aufräumen fand man unter den Trümmern die Leiche eines 14jährigen Mädchens, das im Schuppen nach Abfall gesucht hatte und vom Feuer überrascht worden war.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte)

Mißbrauch des Sportgedankens.

Berlin, 2. Juli. (EF). Die Haussuchung in dem Berliner Zentralbüro der von den Kommunisten geplanten Spartakiade hat zu der Beschlagnahme von umfangreichen Propagandamaterial geführt. Aus einem gleichzeitig beschlagnahmten Schriftwechsel soll sich ergeben, daß die Spartakiade nicht, wie von den Kommunisten in den letzten Tagen immer wieder versichert wurde, als rein sportliche Veranstaltung, sondern als groß angelegte politische Demonstration gedacht war. Am Mittwoch nahm die Berliner Kriminalpolizei u. a. einen Russen fest, der ohne Einreiseerlaubnis und ohne Paß nach Deutschland gelangt war. Zweck und Ziel seiner Reise war, sich maßgebend an den Vorbereitungen zur Spartakiade zu beteiligen.

Der französische Militärattache abberufen.

Königsberg, 2. Juli. (Telunion). Wie die „Königsberger Allg. Zeitung" von unterrichteter Seite erfährt, ist der stellvertretende Militärattache von der französischen Botschaft in Berlin, de Mierry, der in den Königsberger Spionagefall verwickelt war, nunmehr von der französischen Regierung offiziell von seinem Posten abberufen worden. de Mierry hat Berlin bereits verlassen und ist nach Paris gereist.

Bombenattenat in Paris.

Paris, 2. Juli. (EF). Vor einem Stellennachweis für italienische Arbeiter in Paris explodierte am Mittwochnachmittag gegen fünf Uhr eine Bombe. Fünf Italiener wurden verletzt. Davon einer schwer. Die Bombe die mit Hilfe der Hülse einer 10,5 cm-Granate angefertigt war, war vor die Eingangstür zu dem Wartezimmer gelegt worden und richtete bei ihrer Explosion großen Sachschaden an. Man nimmt an, daß es sich um den Racheakt eines Italieners handelt, der mehrmals bei dem Stellennachweis vorgesprochen hat, ohne eine Stellung zu finden oder materielle Unterstützung zu erhalten.

Politische Aussperrung in Griechenland.

Athen, 2. Juli. (EF). Die griechischen Textilindustriellen haben beschlossen, ihre Spinnereien und Webereien stillzulegen. Von der Stillegung würden 25 000 Arbeiter betroffen werden. Sie wollen diese Maßnahme ergreifen, um die Regierung unter Druck zu setzen, um eine Ermäßigung gewisser Zölle für Textilwaren und wichtige Rohprodukte zu erreichen.

Fünf Tote durch Flugzeugabsturz.

Newyork, 2. Juli. (Telunion). In Hamilton im Staate Ontario stürzte ein Flugzeug ab. Fünf Personen wurden getötet.

Bisher 766 Todesopfer der amerikanischen Hitze.

Newyork, 2. Juli. (EF.) In Amerika sind bisher 766 Personen der seit einigen Tagen anhaltenden Hitzewelle zum Opfer gefallen. Allein in den letzten 24 Stunden starben 270 Personen an Hitzschlag. Die Krankenhäuser sind überfüllt. Die Wasserversorgung zahlreicher Städte, darunter Newyorks, wird als gefährdet bezeichnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0003

Nachruf!

Am 30. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser Kollege, der Verwaltungsassistent

Karl Thienemann

Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen und bedauern seinen frühen Tod. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Verband preußischer Polizeibeamten.
Ortsgruppe Halberstadt.

Martinikirche

Am 18. August, abends 8 Uhr

Robert Geyer-Konzert

Erblindeter Organist und Violin-Virtuose.

Festabend

der Martin Luther-Gemeinde anläßlich der Uebernahme der Paulskirche

am Sonntag, den 5. Juli 1931, pünktlich abends 7.30 Uhr im großen Saal des „Stadtpark"

Mitwirkende: Frl. Rose Kühne (Geige), Frl. Steglinde Naumann (Klavier), Herr Walter Hennenberg (Stadttheater, Rezitation und Spielleitung), 8 Bläser und „Das Kreuzfähnlein".

Ansprachen, musikalische und theatralische Darbietungen, Rezitation.

Programme zu 0.20 RM., die zum Eintritt berechtigen, erhältlich bei **Pf. Sänger**, Lindenweg 48/49, **Fey**, Nordweg 29, **Paulmann**, Lazarettstr. 45 und Bahnhofstraße 2, Buchhandlung **Beume**, Breiteweg und in Geschäften der Gemeinde.

Von der Reise zurückgekehrt

Zahnarzt Dr. Abramczyk.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Zur Ziehung **4. Klasse:** 13. und 14. Juli bitte ich die Lose bis

Montag, 6. Juli, einzulösen

Gewinnlisten 3. Klasse zu 10 Pf. erhältlich

Staatl. Lotterie-Einnahme Strobach

Fernr. 2850. Kühlingerstr. 3, Ecke Weingarten

Wernigerode

Der Haushaltsplan der Stadt Wernigerode für 1931 liegt vom 4. Juli bis einschließlich 13. Juli d. Js., im Rathaus, Zimmer 3, öffentlich aus.

Wernigerode, den 30. Juni 1931.

Der Magistrat. J. V.: Reichardt.

Der untere Teil der Schülerstraße und die Windenchaussee ist vom Freitag, den 3. d. Mts. bis auf weiteres gesperrt und zwar die Schülerstraße für allen Fuhrwerksverkehr und die Windenchaussee nur für Langholzfuhrwerke.

Wernigerode, den 1. Juli 1931.

Die Polizeiverwaltung. Dr. Gepel.

Ahrberg's

gekochte Mettwurst	Pfd. -.70
Bauchspeck mit Rippe	Pfd. -.70
Bauchspeck ohne Rippe sehr mager	Pfd. 1.—
geräuch. Rotwurst in Pergamentdarm	Pfd. -.50
Beutelwurst	Pfd. -.50
Flomenschmalz	Pfd. -.60
Bratenschmalz	Pfd. -.35
Rindertalg ausgelassen	Pfd. -.30

Wir schlachten nur inländische Schweine u. Großvieh von ausgesucht bester Qualität auf dem Städt. Schlachthof Hannover.

Filiale Burgstraße 12

Tel. 2609 — **Tel. 2609**

Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Ortsgruppe Halberstadt.

Morgen Freitag, 20 Uhr

findet im „Gewerkschaftshaus", Gerberstraße 15, eine

Mitglieder-Versammlung

statt, in der der Reichstagsabgeordnete **Genosse Bader** über das Thema

„Hilft Amerika"

spricht. Alle Parteigenossen werden zu dieser Versammlung erwartet. **Der Vorstand.**

Erwerbslosen-Hilfe

Um der großen Not zu steuern, habe ich mich entschlossen, folgende Preise **nur für Erwerbslose** festzusetzen.

Ausweise mitbringen!!

Harte Bratwurst schnittfest	Pfund	**80** Pf.
Bratwurst Hausschlachter Art	Pfund	**80** Pf.
Braunschweiger Mettwurst	Pfund	**85** Pf.
Landrotwurst geräuchert, dicker Darm	Pfund	**60** Pf.

Konserven-Thomas

Martiniplan Nr. 22

Nur Erwerbslose erhalten diese Preise!!!

Quedlinburg.

Straßensperrung.

Wegen Ausführung von Neuschüttungsarbeiten auf der Kreisstraße von Quedlinburg nach Gatersleben wird die Strecke von km 0,0 bis 2,716 für den gesamten Durchgangsverkehr **vom 4. bis 11. Juli 1931 gesperrt.**

Quedlinburg, den 30. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Thale.

Bekanntmachung.

Der Entwurf des Haushaltsplanes der **Stadtgemeinde Thale a. Harz**, für das **Rechnungsjahr 1931**, liegt vom **30. Juni 1931** ab 8 Tage im Rathaus, Zimmer 7, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Thale a. Harz, den 29. Juni 1931.

Der Magistrat. Wenkel.

Bekanntmachung.

Getränkesteuerordnung

für die Stadtgemeinde Thale a. H.

Auf Grund des § 3 des II. Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 — R.G.Bl. I S. 311 — in der Fassung der Verordnung vom 1. Dezember 1930 — R.G.Bl. I. S. 517 — in Verbindung mit Artikel IV des Aenderungsgesetzes 1931 vom 24. März 1931 — Pr. Ges. S. S. 25 — wird **mit Zustimmung des Bezirksausschusses** für die Stadtgemeinde Thale nachstehende Steuerordnung erlassen:

§ 1. Die entgeltliche Abgabe von Wein, weinähnlichen und weinhaltigen Getränken, Schaumwein, schaumweinähnlichen Getränken, Trinkbranntwein, Mineralwässern, künstlich bereiteten Getränken sowie Kakao, Kaffee, Tee und anderen Auszügen aus pflanzlichen Stoffen zum Verzehr an Ort und Stelle, insbesondere in Gast- und Schankwirtschaften und an sonstigen Stätten, wo derartige Getränke entgeltlich verabreicht werden, unterliegt einer Steuer nach Maßgabe dieser Ordnung.

§ 2. Die Steuer beträgt **10 v. H. des Entgelts (Kleinhandelspreises)** für die in § 1 bezeichneten Getränke.

§ 3. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer steuerpflichtige Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle entgeltlich abgibt. (Steuerpflichtiger).

§ 4. Die Steuerschuld entsteht, wenn gemäß § 1 steuerpflichtige Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle abgegeben werden mit dem Zeitpunkt der Abgabe des Getränkes.

§ 5. Der Steuerpflichtige hat bis zum 10. Tage eines jeden Monats die Getränke, für die im vergangenen Monat eine Steuerschuld entstanden ist, bei der Steuerstelle nach Art, Menge und Kleinhandelspreisen anzumelden und die Steuer dafür zu entrichten.

§ 6. Wenn der Steuerpflichtige die ihm durch die Steuerordnung auferlegten Pflichten nicht erfüllt, insbesondere die Meldung über die von ihm abgegebenen steuerpflichtigen Getränke nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet, kann die Steuerschuld geschätzt werden.

§ 7. Die Vorschriften der §§ 162, 168, 169, 170 Absatz 2, 173, 177, 183, 191, 193, 196, 197 Absatz 1 u. 2, 198, 199, 204 — 208, 210 Absatz 1 und 2 der Reichsabgabenordnung sind entsprechend anwendbar.

§ 8. Die Steuerstelle kann mit dem Steuerpflichtigen Vereinbarungen über die zu entrichtende Steuer (z. B. über ihre Berechnung, Fälligkeit, Erhebung, Pauschalierung) treffen, soweit diese die Besteuerung vereinfachen und das steuerliche Ergebnis bei dem Steuerpflichtigen nicht wesentlich verändern.

§ 9. Dem Steuerpflichtigen stehen gegen die Heranziehung zur Steuer die in den §§ 69 flg. des Kommunalabgabengesetzes angeordneten Rechtsmittel zu.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Steuerordnung und die vom dem Gemeindevorstand erlassenen Ausführungsbestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu dem nach dem Kommunalabgabengesetz in Verbindung mit der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (R. G. Bl. I. S. 44) und etwaigen späteren Aenderungen zulässigem Höchstmaß bestraft, sofern nicht nach sonstigen Gesetzen eine höhere Geldstrafe oder Freiheitsstrafe verwirkt ist.

§ 11. Die Steuerordnung tritt mit dem 1. Tage des auf ihre Veröffentlichung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Magdeburg, den 25. Juni 1931.

Der Regierungspräsident.

I. 4. H. Nr. 3390. **J. V.:** gez. Berthold.

Veröffentlicht!

Thale a. H., den 30. Juni 1931.

Der Magistrat.

Wenkel, 2. Bürgermeister.

LSH **Lichtschauspielhaus**

Spiegelstr. 7/8. Fernruf 1858.

Heute (Donnerstag): Zum letzten Male!

Das Land des Lächelns

Ab Freitag! Nur wenige Tage!

Wochentags	4.30	6.40	8.45
Sonntags	3.00	5.00	7.00	9.00

Das beliebte Darsteller-Kleeblatt!

Dina Gralla - Harry Liedtke
Fritz Schulz - Marianne Kupfer

in dem heiteren Spiel aus der Welt der Kulissen und des bunten Scheines:

Der Liebesarzt

Die neuesten Schlager:
Ich bin verliebt nach dir.
Blondes Haar und ein blaues Augenpaar usw.

Humor! Stimmung! Fabelhafte Ausstattung!

Dazu: Ein buntes Beiprogramm!

1. Die neue Fox-Wochenschau
2. Kapelle Ettè spielt neue Schlager
3. Eine kleine Liebelei (Tonfilm - Sketsch)
4. Ein hervorragender Kulturfilm

FF. Plockwurst
schnittfest, schmackhaft
1/4 Pfd. nur **35** Pfg.
Naverma
gibt 5% Rabatt!

Neue Speisekartoffeln sowie neue Futterkartoffeln

empfiehlt

Heinrich Braune, Blücherstr. 16

Fernsprecher 2401. Fernsprecher 2401.

Kammer-Lichtspiele

Ab heute Donnerstag bis nur einschließl. Sonntag!

Ein Doppel-Schlager-Programm mit zwei ausgesuchten deutschen Filmwerken.

Einer der erhabensten deutschen Großfilme, der je gedreht wurde. Er läßt Zeit und Raum verschwinden, verbreitet Andacht u. Weihestimmung, packt die Herzen, erschüttert in tiefster Seele und — macht Nörgler verstummen.

Der Film der Liebe und Versöhnung.

Deutsche Frauen - Deutsche Treue

Das stille Heldentum unserer Frauen während des Krieges, ihr Opfermut, ihre treue Pflichterfüllung und die alles überbrückende Liebe erfahren in diesem Filmwerk die schönste Würdigung. Uns Männer aber ruft es mahnend zu: **Ueber Alles die Pflicht!**

Im weiteren Programm:

Der Film der 1000 Abenteuer und Geschehnisse!

Heißblütig ist Apachenliebe — Frühreif die Jugend aus dem Scheunenviertel der Großstädte. — Kaum 16 Jahre zählt das kleine Mädel aus der Londoner Vorstadt und doch steht es schon im Mittelpunkt eines Geschehens von spannender Wirklichkeit. Der Ort der Handlung ist — London-Whitechapel — wo sich täglich Dinge ereignen, zu denen die Zeitungen und die Mitwelt interessiert aufhorchen.

Nachtgestalten!!

(Nur ein Gassenmädel).

Ein spannendes Abenteuer aus der Themsestadt, wo es am dunkelsten ist — Am Picadilly-Zirkus — Apachenkeller — Empire — Revue — Theater und das sonstige London bei Tag und Nacht.

In den Hauptrollen:

Jack Trevor — Mabel Pulton — Hans Mierendorf — Teddy Bill

und die oft kopierten Original - Tiller - Girls

Alles in allem ein Programm, das selbst die verwöhntesten Ansprüche befriedigen wird!!

Die neue D. L.-S.-Woche **Kulturschau**

Jugendliche haben am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zur 1. Vorstellung bei halben Preisen Zutritt.

Synagogen-Gemeinde.

Freitag, den 3. Juli, abends 19 Uhr 30 Min. Sonnabend, den 4. Juli, morgens 7.30 Uhr. Sabbath-Ausgang: 21 Uhr 42 Min. Wochentags: Morgens 6 Uhr, abends 19 Uhr 30 Minuten.

Neu gefußt.

Strumpf ist Trumpf

Strumpfreparaturen

Halberstadt

Lindenweg 12, pt.

Damen-Hemd

1.10 kaufen **1.40** kaufen **1.60**

H. Dessauer, Lichtengraben 3.

Billiger Sommer-Waren-Verkauf

Wir bringen in allen Abteilungen

enorm billige Angebote

für Ferien und Reise

Besonders sei hingewiesen auf:

Waschkunstseide, Wollmusseline bedr. Voiles, Unterkleider und Schlüpfer aus Mako und Kunstseide, Korsetts u. Handarbeiten spez. Kleider und Schürzen, Bademäntel, Badelaken, Frotté-Handtücher, Bade-, Luft- und Strand-Anzüge, Wochenend- und Sport-Kleider, Strümpfe aller Art Pullover mit und ohne Arm, Wochenend- und Einsatzhemden Herrensocken, Sportstrümpfe

Die Preise sind in allen Artikeln enorm billig gestellt und bieten Gelegenheit für **guten** und **billigen** Einkauf.

Mendelsohn & Kugelmann

Oschersleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 151 — Donnerstag, den 2. Juli 1931 — 6. Jahrgang

WERNIGERODE

Tagungen und Sonderzüge im Juli in Wernigerode.

Beim Städt. Verkehrsamt liegen für Juli bis jetzt folgende Anmeldungen vor:

2. Juli 13,07 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Berlin.
3. Juli ev. 13,07 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Berlin.
4. Juli 13,07 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Berlin.
4. Juli 15,52 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Oldenburg-Bremen.
5.—12. Juli Verwaltungssonderzug aus Pommern—Stettin—Osten—Berlin.
5.—12. Juli Niederländischer Reiseverein, Gruppe E 145.
5. Juli Tagung Harzgau des Deutschen Zigarrenhändler-Bundes.
5. Juli 15,52 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Hamburg.
6.—9. Juli Gesellschaftsreise aus Aarhus-Dänemark.
6.—15. Juli Skandinavisk Resseklub, Kopenhagen (2. Reisegruppe).
10.—11. Juli 2. Reisegruppe der Selandia-Rundfahrt Kopenhagen.
10.—12. Juli Gesellschaftsreise der Holländischen Reisebüros Lissone und Lindemann.
11. Juli 15,52 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Oldenburg-Bremen.
11.—15. Juli Studien- und Ferienreise der Handwerkervereinigung Aarhus (Dänemark).
12. Juli Eisenbahner-Sonderzug aus Braunschweig.
12.—15. Juli Verwaltungssonderzug aus Ostfriesland—Oldenburg—Bremen.
Ab 16. Juli Gesellschaftsreise aus Viborg (Dänemark).
18.—25. Juli Reisebüro „Rotala Neerlandica", Harzreise mit Standquartier Wernigerode.
19. Juli Gausahrt des Deutschen Motorradfahrerverbandes.
22.—25. Juli 1. Gruppenreise des Danst-Reisebüro, Kopenhagen.
24.—25. Juli 3. Reisegruppe der Selandia-Rundfahrt, Kopenhagen.
26. Juli Eisenbahner-Sonderzug aus Braunschweig.
27.—31. Juli Reise des Flora-Theater, Zaandam (Holland).
28.—31. Juli Reisegruppe des Arbeiter-Bildungsvereins Kopenhagen.
28.—30. Juli 2. Reise der Viby-Touristen-Gesellschaft (Dänem.).
30. Juli 17,25 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Duisburg—Essen.
30. Juli Niederländischr Reiseverein, Gruppe 142.
30. Juli Reisegruppe der Allgemeinen Reisevereinigung für die Niederlande.
31. Juli 5,47 Uhr Ankunft Feriensonderzug aus Köln—Düsseldorf.

Verfassungsfeiern.

Im Geiste der staatsbürgerlichen Selbstbestimmung.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, den diesjährigen Verfassungstag wie in den vergangenen Jahren zu feiern. Er soll im geistigen Zeichen des Freiherrn vom Stein stehen, dessen Todestag sich am 29. 6. d. Js. zum 100. Male gejährt hat. Die Verfassungsfeiern sind deshalb unter Aufrechterhaltung ihres Charakters bei Beobachtung der durch die allgemeine Wirtschaftslage gebotenen Sparsamkeit in dem Sinne auszugestalten, daß sie zugleich dem Werk und den schöpferischen Ideen des großen Staatsmannes und deren Verbundenheit mit der deutschen Gegenwart gelten. Im einzelnen hat die Regierung angeordnet:

1. Wegen der Beflaggung der Gebäude des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Schulen gelten die Bestimmungen der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums über das öffentliche Flaggen vom 29. 6. 1929. Die Gebäude der öffentlichen Schulen sind auch an dem Tage zu beflaggen, an dem die Verfassungsfeier in der Schule veranstaltet wird.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidenten, eines Regierungspräsidenten, eines staatlichen Polizeiverwalters oder eines Landrats sind, haben die Behördenleiter sich mit den dort vertretenen anderen Landes- und Reichsbehörden sowie mit den Spitzen der Kommunalbehörden unverzüglich ins Benehmen zu setzen, um die Veranstaltung möglichst gemeinsamer Feiern vorzubereiten und Vereinbarungen über deren würdige äußere Gestaltung herbeizuführen. In kreisfreien Städten ist die Führung in der Vorbereitung und die Leitung der Feiern auf Wunsch dem Magistrat oder Bürgermeister unter Beteiligung des Landrats bzw. des staatlichen Polizeiverwalters zu überlassen, der in der Stadt seinen Sitz hat.

3. Wegen der Gestaltung der Feier im einzelnen (Ansprachen, musikalische oder sonstige Darbietungen) wird den Behörden weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt.

4. Zu den Feiern sind Vertreter aller Kreise der Bevölkerung heranzuziehen. Zur Teilnahme sind außer den Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden die Religionsgesellschaften, die Industrie- und Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern und sonstige staatlich geordnete Berufs- und Standesvertretungen (insbesondere die Anwalts-, Aerzte-, Tierärzte-, Apothekerkammern usw.), Innungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Beamten- und Angestellten-Organisationen besonders einzuladen.

5. Sämtliche Staatsbeamte, die staatlichen Angestellten und Lohnempfänger, sowie die Vertretungen der Selbstverwaltungskörper sind durch die Vorstände der Behörden zu den Festakten einzuladen. Von den Staatsbeamten wird erwartet, daß sie sich an den Festakten beteiligen.

6. Empfohlen wird, außerhalb der amtlichen Verfassungsfeier durch Anregung geeigneter Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst volkstümliche Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen. Hierfür kommen insbesondere auch Spiel- und sportliche Veranstaltungen aller Art in Betracht, soweit sie nicht bereits in Aussicht genommen sind.

7. Für den Dienst am Verfassungstage gelten die Vorschriften über den Sonntagsdienst.

Aufnahme von Anleihen und Darlehen durch Gemeinden.

Am 3. Juni 1931 ist das nicht nur für die Gemeinden und Gemeindeverbände, sondern auch für alle Stellen, die sich mit Kommunalkredit befassen, bedeutsame Gesetz über die Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie über die Uebernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und von anderen Sicherheiten durch Gemeinden und Gemeindeverbände vom 29. Mai 1931 — Gesetzsamml. S. 73 — in Kraft getreten. Eine eingehende Ausführungsanweisung zu diesem Gesetz ist am 17. Juni 1931 erlassen und im „Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung" 1931 S. 617 ff. abgedruckt. Das Gesetz ist in Verfolg der Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden und in Erfüllung der in diesen Richtlinien von der Staatsregierung gegenüber der Reichsregierung und den anderen Länderregierungen übernommenen Verpflichtung ergangen. Es sichert die Durchführung der Richtlinien, indem es das Preußische Landesrecht an die Richtlinien angleicht und die Richtlinien auch für die zur Genehmigung der nach dem Gesetz genehmigungspflichtigen Geschäfte zuständigen Beschlußbehörden für verbindlich erklärt.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Ausführungsanweisung entnimmt, schafft das Gesetz unter Erweiterung des staatlichen Genehmigungsrechts einheitlichen Rechtszustand für alle Gemeinden und Gemeindeverbände, indem es für alle Gemeinden und Gemeindeverbände den Kreis der genehmigungspflichtigen Geschäfte unter Erweiterung gegenüber dem bisherigen Rechtszustande gleichmäßig festsetzt. —

Der Kettenbrief.

„Gesundheit und Glück bringt Ihnen diese Kette, fertigen auch Sie neun Kopien an, schicken Sie je eine an die, die Ihnen gut gesinnt sind. Angefangen wurde diese Kette von einem Südamerikaner mit dem Wunsche, sie möge neunmal um die Erde gehen und allen denen Glück bringen, welche diese Kette nicht zerreißen. Zerreißt einer doch die Kette, so bringt sie Unglück und Ruin. Neun Tage nach Abgang dieser Briefe wird eine Besserung Ihrer Lage eintreten. Wie sich nachweisen läßt, hat Herr Albano das große Los gewonnen, und so möge diese Kette auch Ihnen Glück bringen."

Vor mir liegt ein Brief in Schreibmaschinenschrift, der diese von mystischen Zusammenhängen ummitterten Zeilen trägt, und dazu noch eine Aufzählung von achtunddreißig Namen, die sich durch artige Befolgung der Vorschriften bereits ein Anrecht auf Glück und Erfolg gesichert haben. Ich muß gestehen, ich blicke etwas neidisch auf dieses Stück Papier, das sich in der Welt herumtreiben durfte wie der größte Globetrotter. Fünfmal hat es den Atlantischen Ozean überqueren dürfen, kreuz und quer durch unseren Kontinent ist es gewandert, einem unbekannten magischen Willen unterworfen. Paris hat es schon sehen dürfen, in der finstersten portugiesischen Provinz ist es gewesen, in einem kühnen Zug hat es dann den Osten beglückt, Wien, Budapest, Warschau. Die ziselierten Minarets Serajewos, die heitere Landschaft Südtirols, die Geschäftigkeit Hamburgs haben an seinem Weg gelegen. In Deutschland hat es ihm besonders gefallen: Hannover, Krefeld, Nürnberg, Erfurt, Berlin, München. Kleine Abstecher gingen nach Lublin, Krakau und Kattowitz. Die Schweiz wurde mit Bern und Monterschweige beehrt.

Ach, Südamerikaner, wer möchte in die Abgründe deiner Seele hineinblicken! Wen alles magst du in deine Glückskette eingespannt haben. Wer ist der glückliche Herr Albano aus Lissabon, der inzwischen das große Los gewonnen hat? Wie mag er aussehen, was mag er im Augenblick, da ich dieses schreibe, treiben? Unsichtbare Fäden laufen um die Welt. Soll ich mich da wundern, daß sich ein bekannter deutscher Dramatiker und ein Dresdener Theaterdirektor in ihnen mitgefangen hat? In wessen Herzen gibt es nicht ein Winkelchen als letzte Zufluchtsstätte des Unfaßbaren und des — Aberglaubens! Es ist eine seltsame Welt.

Wie oft glauben Sie, daß dieser Brief bisher geschrieben und versandt werden mußte, wenn jeder Empfänger nach den Angaben gehandelt hat? Ich habe es auszurechnen versucht und bin auf eine siebenunddreißigstellige Zahl gekommen, — die Mathematiker mögen mir sagen, wie sie heißt, ich habe sie nicht lesen können. Es gibt schätzungsweise 2—3 Milliarden Menschen auf der Erde, — das ist immerhin eine zehnstellige Zahl.

Diese Kettenbriefe müssen eine vorzügliche Einnahmequelle der Reichspost sein. Der Reichspostminister sollte den Plan erwägen, ein Büro für solche Kettenbriefe einzurichten. Ausschreiben nach dem Adreßbuch. Ich glaube, die Sache würde sich so gut rentieren, daß die Post aller Sorgen für die Zukunft enthoben wäre.

Ich habe den schicksalsschweren Brief noch in meiner Tasche. Ich werde ihn erst morgen in den Papierkorb werfen. Das große Los des glücklichen Herrn Albano aus Lissabon läßt mir keine Ruhe. Ob ich doch vielleicht — —? Ich bin ja ein aufgeklärter Mensch, der sich über solche Albernheiten erhaben dünkt. Aber schließlich, man kann ja nicht wissen — — —

K. M.

— **Alle Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt** müssen sich heute abend an der Besprechung im Gewerkschaftshaus beteiligen. Es gilt, eine endgültige Beschlußfassung über die Autofahrt herbeizuführen.

— **Die Leitung der Marktspiele** bereitet als nächste Premiere der Marktbühne Hans Müllers Schauspiel „Könige" vor. Bis in das Jahr 1325 führt uns der Dichter in seinem Werk zurück. Nicht um Kämpfe mit dem äußeren Feind des Vaterlandes geht es in diesem Werk deutscher Vergangenheit, ein altes Uebel, die innere Zerrissenheit deutscher Lande wird geschildert. Ludwig, der Bayer, deutscher König, Friedrich von Oesterreich, der Gegenkönig, das sind die beiden Pole, zwischen denen heißer Kampf tobt.

Der Mann mit der Pranke

Roman von Friedrich Zeckendorf

Copyright 1929 by Wilhelm Goldmann Verlag, G. m. b. H., Leipzig

30 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Aber durchaus", beeilte sich Dr. Schlick seinem Ranghöheren zuzustimmen. „Nur wenn ich mir eine Bemerkung erlauben darf, ohne natürlich beeinflussen zu wollen. Jetzt wird der Bursche mit der Frau kommen. Eigentlich habe ich schon längst darauf gewartet. Heiße Liebe, Dame der großen Gesellschaft, unmöglich, sie zu kompromittieren. Also, ich glaub's nicht."

„Hm."

„Na, ich weiß nicht recht", ließ sich Dr. Kellendörfer räuspernd vernehmen, „etwas stimmt mir nicht. Natürlich — reines Fingerspitzengefühl."

„Hm", machte Haller wieder.

„Herr Kollege Kellendörfer ist Psychologe, ich halte mich lieber an Tatsachen. Und die Tatsachen sprechen gegen den Angeschuldigten."

„Hm."

„Tatsache ist auch, daß die meisten Anzeigen sich schon jetzt als grundlos erwiesen haben", sagte Kellendörfer nachdenklich. „Obgleich ich zugebe, daß die Geschäfte moralisch nicht immer einwandfrei waren."

„Hm."

„Aber jetzt wird uns der Herr mit der Moral kommen und sich auf den Kavalier hinausspielen. Ich traue ihm nicht von dort bis hierher."

„Hm. Na, wir werden ja sehen. Also auf Wiedersehen, meine Herren, morgen Fortsetzung."

Händeschütteln. Verbeugungen.

Gontard saß mit gerundetem Rücken und gesenktem Kopf auf seinem Platz. Die Zigarre zwischen den Zähnen. Die ganzen Tage hatten ihn unberührt gelassen. Das Eingesperrtsein, die Einsamkeit drückte ihn nicht. Fast war ihm die Abgeschlossenheit angenehm. Ihm war zumute wie einem Mönch in der Klosterzelle, der in seiner Abgeschiedenheit alle Kraft der Sehnsucht und Inbrunst des Glaubens auf seinen Gott richtet. Die trostlose Kargheit der Zelle störte Gontard nicht, die schlechte Kost war ihm gleichgültig. Alles das spielte keine Rolle. Aber heute war Dienstag. Dienstag. Sein Tag. Zum erstenmal war ihm die Zelle unerträglich erschienen. Und die brennende Unruhe hatte ihn in der Zelle umhergejagt. Zum Fenster und wieder zur Tür, tierhaft hin und her, vier Schritte hinauf, vier Schritte hinunter. Die Unmöglichkeit, einen armseligen Schritt mehr zu tun, sondern immer und immer wieder, ehe der Fuß noch Richtung bekam, umkehren zu müssen, machte wahnsinnig und steigerte die vibrierende Unruhe bis zum kaum noch unterdrückten Toben. Beim heutigen Verhör Haltung zu bewahren, hatte zum erstenmal Kraft und ungeheure Selbstbeherrschung gekostet. Sechs Tage der Woche werden nichts sein, fühlte er, aber der eine, der Dienstag, bedeutete Irrsinn, Tobsucht, Zusammenbruch.

Als wären sie nicht im gesichtslosen Richterzimmer, sondern in der Behaglichkeit eines Gesellschaftsraumes, eröffnete Haller das Gespräch. Im Hintergrund, wie nicht vorhanden, saß der Protokollführer regungslos hinter der Schreibmaschine.

„Ich habe die beiden Herren entfernt, ich dachte mir, es wird Ihnen angenehmer sein, mit mir allein zu sprechen, Herr Gontard. Wir können jetzt ungestört plaudernd."

„Danke."

Daß Gontard „danke" sagte, war immerhin ein Fortschritt.

„Sie haben vorhin einen Satz gesprochen, in dem verschiedenes drinsteckt. Es handelt sich um die eine Stunde, die Sie für sich behalten möchten, und an der unglücklicherweise die Entscheidung hängt. Wollten Sie etwas sagen? Bitte sehr. Ich dachte. Ja, also, diese Stunde. Ich darf wohl den Fall, daß Sie gerade in dieser Stunde etwas begangen haben, was Sie mit dem Gesetz in Konflikt bringt, ausschalten. Es handelt sich wohl um eine — seelische Angelegenheit."

Dr. Haller machte fortwährend Pausen, um Gontard zu einer Bemerkung Gelegenheit zu geben. Nichts folgte.

„Es gibt natürlich Fälle, Herr Gontard, ich verstehe das vollkommen, wo Männer mit kavaliermäßigem Empfinden die Pflicht haben, zu schweigen. Oder wenigstens meinen, diese Pflicht zu haben."

Pause. Es ging aber doch etwas vor in diesem Menschen. Seine Hände waren verkrampft, jeder Muskel seines Gesichts war in Spannung, er hielt sich nur gewaltsam zusammen. Wo war die wunde Stelle, an der man rühren mußte, um ihn zusammenzucken zu lassen? Die Stimme Hallers, der ein guter Menschenkenner und ebenso guter Schauspieler war, dämpfte sich, als wollte er nicht, daß seine Worte bis zum Protokollführer dringen.

„Wir sind Männer unter uns, und ich glaube, wir könnten einander verstehen. Eine Frau kann unser Leben umwerfen, eine kleine, schwache Hand kann mehr Gewalt über uns bekommen, als alle anderen Menschen zusammengenommen — —"

Gontard hob das graue Gesicht. Seine Augen, geschnittener, undurchsichtiger Stein, tauchten suchend in die scharfe Pupille des Sprechers, immer noch mit fest geschlossenen Lippen. Sein mißtrauisches Ohr siebte den Klang der entströmenden Worte. Kein Mensch wußte, wie die Worte ihm bis zum Ersticken den Mund füllten. Gestehen? Nein, nicht gestehen, nur von dem einen Menschen, der Hirn und Blut bis in den feinsten Aderkanal füllte, sprechen können. Sprechen wäre in diesem verzweifelten Augenblick unermeßliche, befreiende Gnade, wenn ein Echo da wäre, das den eigenen Herzschlag freundschaftlich einfängt und zurückwirft. Haller war nur Ohr und Auge. Er spürte die zum Bersten geladene Stimmung Gontards in allen Nervenspitzen. Er war nicht der Meinung, daß Gontard unschuldig war, aber er witterte irgend eine dunkle Verknüpfung mit einer Frau, die das unheilvolle Schicksal des Mannes war. Er flüsterte fast mit Eindringlichkeit:

„Wollen wir nicht wie Freunde sprechen? Wenn Sie wollen, soll das Gespräch von Mann zu Mann sein. Es soll nicht ins Protokoll aufgenommen werden. Niemand wird bloßgestellt werden. Wir werden zusammen einen Ausweg finden. Quälen Sie sich doch nicht unnötig. Dreht sich's um eine Frau?"

Gontards Zähne öffneten sich, als würden sie ihm mit einem Brecheisen auseinander gezwängt.

„Wenn ja?"

Gott sei Dank. Endlich ein Wort. Etwas.

Noch ein kleiner Anstoß war nötig. Ein Antippen mit dem Finger genügte vielleicht, das Gefäß zum Ueberlaufen zu bringen.

„In solchen Dingen sind wir alle noch Schuljungen und haben mit grauem Haar die gleichen Ehrbegriffe wie als Primaner."

Absichtlich sagte Haller „wir". Er wollte damit die Kluft überbrücken, die den Staatsanwalt vom Angeschuldigten trennte. Das „Wir" sollte heißen: So wie du bist, bin ich auch, was dir passiert ist, kann morgen mir geschehen, es ist nur ein Zufall, daß ich jetzt nicht auf deinem Platz sitze. Aber morgen, morgen schon kann es eintreten. Wir sind einander gleich, Schuljungen, die in jede Eselei hineinrennen, wenn das Herz mit uns durchgeht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0005

— **Beim Bericht über das Kreiskrankenhaus** für das Jahr 1930 wurde von unserer Fraktion gewünscht, daß die fehlende Angabe der Belegung mit Kreisfremden noch nachträglich angegeben werden möchte. Wie wir jetzt erfahren, sind von den 57 215 Pflegetagen 15 828 Tage von kreisfremden Kranken im Krankenhaus belegt worden. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß unser Krankenhaus nach wie vor von einer gleich starken Anzahl von Kreisfremden aufgesucht wird, was für die vorzügliche ärztliche Behandlung spricht.

— **Die Parteitagsprotokolle** sind eingetroffen und können zum Preise von 2,85 RM. in der Volksbuchhandlung, Burgstraße 30, in Empfang genommen werden.

— **Gesperrt.** Der untere Teil der Schülerstraße und die Windenchaussee ist vom Freitag, den 3. Juli, bis auf weiteres gesperrt, und zwar die Schülerstraße für allen Fuhrwerksverkehr und die Windenchaussee nur für Langholzfuhrwerke.

— **Zu Reibereien** ist es in der Dienstagnacht auf dem Marktplatz gekommen. Die Streitenden setzten sich aus Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen, von denen einer in Polizeigewahrsam genommen wurde.

— **Zu einem größeren Zusammenstoß** kam es am Dienstag nachmittag auf dem Beckenstedter Weg mit dem dortigen Pächter wegen eines angeblichen Diebstahls von Kirschen. Die Polizei mußte eingreifen.

Kreis Wernigerode

Darlingerode, 1. Juli. Einbruchsdiebstahl. In der hiesigen Verteilungsstelle des Konsumvereins Ilsenburg wurde in der Nacht zum Mittwoch ein dreister Einbruchsdiebstahl verübt. Die Einbrecher haben das Fenster der Ladentür ausgeschnitten, sind durch die entstandene Oeffnung eingestiegen und sind mit reicher Beute durch ein rückwärtiges Fenster ungesehen entkommen. Die Spur führte durch den Kirchgarten. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange. Das Lager ist gegen Einbruchsdiebstahl versichert.

Aus Halberstadt

3700 Neubauwohnungen.

Aus der Tätigkeit der Mitteldeutschen Heimstätte.

Die diesjährige Gesellschaftsversammlung der Mitteldeutschen Heimstätte, der provinzialsächsischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft in Magdeburg, fand am 30. Juni unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, Geh. Regierungsrat Dr. Hübner, im großen Sitzungssaal des Oberpräsidiums statt. Aus der Tätigkeit der Gesellschaft im Jahre 1930, über die der leitende Geschäftsführer Dipl.-Ing. Keller an Hand des vorliegenden Geschäftsberichtes referierte, entnehmen wir folgendes:

Die Wirtschaftskrise wird sich für die Wohnungsbauwirtschaft erst vom Jahre 1931 ab voll auswirken. Die Jahresergebnisse der Mitteldeutschen Heimstätte für 1930 können noch als recht günstig angesehen werden. In ihrer treuhänderischen Tätigkeit erreichte die Gesellschaft mit 3 729 Wohnungen die höchste Jahresleistung seit ihrem Bestehen. Die Heimstätte hat ihre Tätigkeit im Jahre 1930 erstmalig in stärkerem Maße über die Provinz Sachsen hinaus auf den Freistaat Anhalt ausgedehnt. In der Stadt Dessau wurde eine größere geschlossene Siedlung mit 202 Wohnungen in Angriff genommen. Das Jahresbauprogramm wurde weiter erheblich vergrößert durch das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung, das im Spätsommer des Jahres 1930 zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von Kleinwohnungen zur Durchführung gelangte. Die Gesellschaft ist an dem Zusatzbauprogramm mit 840 Wohnungen beteiligt, von denen der weitaus größte Teil mit 510 Wohnungen auf den Bezirk Merseburg entfällt.

Wie in den Vorjahren wurden die Bauten überwiegend — 2474 Wohnungen — mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken finanziert. Neben den obenermähnten 840 aus zusätzlichen Reichsmitteln errichteten Wohnungen handelt es sich bei den restlichen Bauten um 315 Landarbeitereigenheime und 100 Umsiedlungswohnungen, die aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge unterstützt wurden. Der Anteil der Einfamilienhäuser ist dem Vorjahr gegenüber von 39 Prozent auf 23 Prozent zurückgegangen. Die durchschnittliche Wohnungsgröße ist gesunken; es wurden den veränderten Bestimmungen entsprechend mehr Klein- und Kleinstwohnungen als bisher erstellt.

Die gesamten Erstellungskosten der im Jahre 1930 neu in Angriff genommenen 2 583 Wohnungen, die die Gesellschaft in finanzieller und technischer Hinsicht betreute, betrugen rund 21,2 Mill. RM. Zur Finanzierung dieser Bauten vermittelte die Heimstätte 6,75 Mill. RM. an ersten Hypotheken, 5,35 Mill. RM. an Hauszinssteuer-Hypotheken, 2,89 Mill. RM. Reichs-Zusatz-Darlehen, 1,80 Mill. RM. aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, 1,25 Mill. RM. Arbeitgeberdarlehen und 1,02 Mill. RM. an sonstigen Geldern. Die Restfinanzierung der Bauten aus dem Jahre 1929 wurde zu Ende geführt. Die größtenteils aus den Baumitteln der Gesellschaft in erheblichem Ausmaße ausgelegten Zwischenkredite konnten rechtzeitig durch Dauerkredite abgelöst werden.

Die Gesellschafterversammlung genehmigte den Geschäftsbericht und die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. 12. 1930. Der Reingewinn der Gesellschaft beträgt RM. 172 404.03 RM. und wird zur Stärkung der Rücklagen verwendet.

---

* **Neufestsetzung der Tagesarbeitslöhne im Bezirk Magdeburg.** Das Preußische Oberversicherungsamt in Magdeburg hat mit Wirkung vom 1. Juli 1931 ab den Ortslohn (ortsüblicher Tagesentgelt gewöhnlicher Tagesarbeiter — §§ 149 ff. RVO. —) wie folgt festgesetzt. Bezirk des Oberversicherungsamtes Magdeburg außer der Stadt Magdeburg für Personen über 21 Jahre: männlich 4,70 *M*, weiblich 3,30 *M*; von 16—21 Jahren: männlich 3,50 *M*, weiblich 2,35 *M*; unter 16 Jahren: männlich 2,10 *M*, weiblich 1,65 *M*. Die Sätze gelten als Zwischenfestsetzung und treten anstelle der Festsetzung vom 15. Februar 1931.

* **Die Stadtbücherei** hat in der Zeit vom 1.—30. Juni 1931 an 22 Ausleihtagen 4232 Bände an 2021 Leser, täglich im Durchschnitt 193 Bände an 92 Leser verliehen, davon 99 Bände im Leihverkehr von auswärtigen Büchereien. Der Lesesaal wurde in derselben Zeit an 30 Tagen von 2060 Männern und 125 Frauen, insgesamt von 2185 Lesern besucht, durchschnittlich von 73 Besuchern, 68 Männer und 5 Frauen.

* **Ersatzwahl zur Industrie- und Handelskammer Halberstadt.** Zur Industrie- und Handelskammer Halberstadt findet Mittwoch, den 12. August 1931, im Wahlkreis Halberstadt-Stadt und Halberstadt-Land eine Ersatzwahl für einen aus der Kammer ausgeschiedenen Einzelhändler statt. Wahlberechtigt zu dieser Wahl sind nur die Mitglieder der Wahlgruppe 3, die den Einzelhandel und das Beherbergungs- und Schankwirtschaftsgewerbe umfaßt. Der zu wählende Einzelhändler muß im Kreise Halberstadt-Stadt ansässig sein. Die Amtszeit des zu wählenden Ersatzmannes reicht bis zum 31. Dezember 1933. Auf die Wahlhandlung selbst werden wir noch näher zurückkommen. Die öffentliche Auslegung der Wahlkartei erfolgt in der Zeit vom 6. Juli bis einschl. 11. Juli 1931 für die Wahlberechtigten des Kreises Halberstadt-Stadt in Halberstadt (Dienstgebäude der Kammer) und für die Wahlberechtigten des Kreises Halberstadt-Land in Osterwieck (Rathaus, Zimmer Nr. 9). Näheres hierüber ist in der „Wirtschaftszeitung", dem amtlichen Organ der Industrie- und Handelskammern Magdeburg und Halberstadt, vom 1. Juli 1931 veröffentlicht.

* **Polizeiliche Meldevorschriften beachten!** Die am 20. Juni v. Js. veröffentlichten neuen Vorschriften über das Meldewesen werden immer noch nicht im vollen Umfange beachtet. Es wird deshalb nochmals auf die wesentlichsten Bestimmungen hingewiesen. Die Meldung muß spätestens eine Woche nach dem Tage des An-, Ab- oder Umzuges schriftlich bei dem Einwohnermeldeamt durch Abgabe des vorgeschriebenen großen Meldescheines erstattet werden. Es dürfen nunmehr nur noch die durch die neue Meldepolizeiverordnung vorgeschriebenen neuen Meldevordrucke verwendet werden. Die Anmeldescheine sind von weißer, die Abmeldescheine von grüner und die Ummeldung von orangegelber Farbe. Zur Erstattung der Meldungen ist der Zu-, Ab- oder Umziehende selbst verpflichtet. Der Hauswirt oder dessen Beauftragter muß die Meldescheine jedoch ebenfalls unterschreiben. Meldungen ohne diese Unterschrift werden zurückgewiesen. Wer die Unterschrift ohne Grund verweigert, macht sich strafbar. Wer, ohne seinen Wohnsitz hier aufzugeben, in einem anderen Orte einen weiteren Wohnsitz begründet, braucht sich hier nicht abzumelden. Er erhält vom Einwohnermeldeamt eine Bescheinigung darüber, daß er seinen Wohnsitz beibehalten hat. Diese Bescheinigung muß bei der Anmeldung in dem neuen Wohnort vorgelegt werden. Fremde, die in Gasthäusern, Pensionen, möblierten oder unmöblierten Zimmern gegen Entgelt vorübergehend Aufenthalt nehmen, sind im Gegensatz zu den Dauermietern von den Inhabern der Gasthäuser oder von den Vermietern, und zwar innerhalb 24 Stunden nach ihrem Eintreffen auf dem kleinen (roten) Meldeschein in einfacher Ausfertigung anzumelden. Während die Inhaber der Gasthäuser nach wie vor die Meldungen an den zuständigen Polizeimachen abzugeben haben, haben die Inhaber von Pensionen und möblierten Zimmern die Meldungen an das Einwohnermeldeamt einzureichen. Wer Fremde beherbergt, hat außerdem ein Fremdenbuch nach dem vorgeschriebenen Muster zu führen. Wer sich besuchsweise hier aufhält, braucht sich erst anzumelden, wenn er länger als drei Monate bleibt (großer Meldeschein) oder wenn er seinen bisherigen Wohnsitz aufgegeben oder seinen Wohnsitz im Auslande hat. Fremde, die angemeldet sind, müssen auch abgemeldet werden.

* **Für Box-Interessenten.** Bekanntlich soll auch in diesem Jahr der Entscheidungskampf um die Weltmeisterschaft im Boxen, der in der Nacht zum 4. Juli in Amerika zwischen Max Schmeling und dem Amerikaner Stribbling ausgetragen wird, auf den Rundfunk übetragen werden. Der Programm-Ausschuß des deutschen Rundfunks hat mit den amerikanischen Sendegesellschaften eine direkte Reportage über kurze Wellen vereinbart. Da aber auch im Falle eines Zustandekommens dieser Reportage die Gefahr bestünde, daß die Uebertragung auf Kurzwellen wegen atmosphärischer Störung nicht gelänge, wird der Mitteldeutsche Rundfunk auf jeden Fall nach Beendigung des Kampfes einen Sonderbericht aus Berlin über Verlauf und Ergebnis des Kampfes verbreiten. Von 0,30 Uhr ab bis zum Eintreffen der ersten Meldung bzw. bis zum Beginn der Kurzwellen-Uebertragung wird von der Funkstunde Berlin ein Unterhaltungsprogramm übertragen, das neben musikalischen Darbietungen auch ein Zwiegespräch zwischen Sabri Mahir und Dr. W. Meisel vorsieht. Der Boxkampf wird voraussichtlich zwischen 4 und 6 Uhr morgens nach unserer Zeit ausgetragen.

* **Wieder ein Fahrrad gestohlen.** Bei der Polizei befindet sich ein gestohlenes Fahrrad in Gewahrsam. Es handelt sich um ein Rad, Marke „Venus". Es hat keine Griffe und Rückstrahler, hat gelbe Felgen und trägt die Nr. 614 299. Wer Eigentumsrechte geltend machen kann, möge sich an die Kriminalpolizei wenden.

* **Ereignisreicher Tag für den Hoheweg.** Gestern fiel Putz vom Hause Hoheweg 22 herunter und gefährdete die Passanten. Um Unfälle zu verhüten, schritt die Polizei zu Absperrungen, bis die Gefahr beseitigt war. — Auf dem Hoheweg wurde gestern eine Frau ohnmächtig. Die Polizei lieferte die Bewußtlose in das Krankenhaus ein. — Ferner lockte ein Bienenschwarm, der sich gestern nachmittag an einer Schaufensterscheibe des Hauses Nr. 45 festgesetzt hatte, eine große Menschenmenge herbei. Wiederum schritt die Polizei ein und entfernte das recht starke Völkchen.

* **Verkehrsunfall.** Gestern, gegen 15,35 Uhr, ereignete sich an der Ecke Schmiedestraße—Holzmarkt ein Verkehrsunfall. Eine Radlerin wurde von einem Kraftwagen angefahren und verletzt. Wie berichtet wird, hat die Radlerin den Wagen nach rechts nicht weit genug gefahren, so daß sie also selbst die Schuld am Unfall trägt.

* **Schlägerei auf dem Breiteweg.** In der Nähe des Epa-Hauses kam es heute vormittag, 10,20 Uhr, zu einer Schlägerei zwischen zwei Männern, wodurch ein großer Menschenauflauf entstand. Der jüngere Mann glaubte dafür „Rache" nehmen zu können, daß der ältere versucht hatte, beim Betteln in seine Wohnung einzudringen. Er versetzte diesem Mann mehrere Schläge mit einem Stock über den Kopf, so daß der Angegriffene einige Wunden davontrug. Da sich auch die Polizei für diesen Fall interessieren wird, wird eine Klarstellung der Vorgeschichte zu dieser Schlägerei noch erfolgen.

Ferienbeginn für die Stadtväter.

Aus der Halberstädter Stadtverordneten-Versammlung. — Kleine Vorlagen.

wk. **Halberstadt**, 2. Juli.

Die Stadtverordneten versammelten sich gestern nachmittag zur letzten Sitzung vor den großen Ferien, um einige kleine Vorlagen zu verabschieden. Bei der Betrachtung der sehr kurzen Tagesordnung konnte man die Auffassung gewinnen, als ob nur eine Sitzung von allerkürzester Dauer beabsichtigt gewesen wäre. Dabei war aber gestern nichts von einer Ferienstimmung unter den Stadtverordneten zu verspüren, denn es hätte nicht viel gefehlt und der Redestrom der Stadtväter wäre unermüdlich geflossen. Eine solche kleine Kostprobe wurde bei einer Debatte über das Besohlen der Schuhe unserer Wohlfahrtsempfänger geliefert: zum Glück sah man ein, daß eine an sich schon längst geregelte Sache gar nicht mehr geregelt werden brauche. Dieser Auffassung waren allerdings nicht die drei Kommunisten und der geistige Vater ihres Antrages, der Wirtschaftsparteiler Valentin. So fanden sie sich in schönster Harmonie und mußten erleben, daß sonst niemand mehr für ihre Sache zu gewinnen war.

Zuerst berichtete Stadtv. Kothmann (W.) über eine

Projektänderung am Ausbau des Grundstücks Domplatz 9, für die Stadtbücherei.

Es handelte sich nicht um eine Vorlage, die Geldbewilligung erforderlich machte; es sollte vielmehr eine früher beschlossene Vorlage abgeändert werden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte, wie Stadtv. Kothmann berichtete, in ihrer Sitzung am 6. Mai die Verlegung der Stadtbücherei in das Grundstück Domplatz 9 beschlossen und die erforderlichen Kosten bewilligt. Die Raumverteilung des Obergeschosses war so vorgesehen, daß neben dem Lesesaal eine Zeitschriftenablage und eine kleine Wohnung, bestehend aus: Küche und 3 Räumen, entstehen sollte. Eine erneute Prüfung dieses Entwurfs und die Besichtigung der Volksbücherei in Braunschweig haben ergeben, daß es erwünscht ist, den Lesesaal um ein Zimmer der Wohnung zu vergrößern und auch die übrigen einer Wohnung ursprünglich zugedachten Räume für Zwecke der Bücherei zu verwenden. Mehrkosten sollen durch diese Aenderung nicht entstehen. Die Versammlung stimmte dieser Projektänderung ohne Aussprache zu.

Stadtv. Werny (Soz.) behandelte dann die Vorlage über die Bewilligung von 1080 RM. Haftsumme aus Anlaß des Konkurses der Deutschen Volkserholungsheime e.G.m.b.H. Die Stadt Halberstadt sei bei der Genossenschaft Deutscher Volkserholungsheime Berlin mit 36 Geschäftsanteilen zu 30 RM. beteiligt. Die Genossenschaft habe Konkurs gemacht und die Stadt sei nun zur Zahlung der Haftsumme verpflichtet. Der Rechtsanspruch auf diese Summe bestehe zu Recht. Um wahrscheinlich ähnliche Verluste zu vermeiden, wünschte Stadtv. Vogler (W.) eine Aufstellung über die Beteiligung der Stadt an Korporationen. Oberbürgermeister Mertens stellte eine solche Aufstellung in Aussicht. Daraufhin wurde die Vorlage angenommen.

Die Nachzahlung von Pachtgeldern an die katholische Kirchengemeinde St. Andreas

wurde in einer Vorlage verlangt, über die der Stadtv. Rauchhaus (W.) Bericht erstattete. Es handelt sich dabei um folgende Angelegenheit: Durch den Vertrag vom 18. Januar 1900 betr. Uebernahme der katholischen Schulen auf dem Kommunaletat ist das Vermögen sowie alle sonstigen Einnahmen der Schulen unter gewissen Beschränkungen auf die Stadt übergegangen. Nach diesem Vertrag und entsprechender grundbuchlicher Regelung ist von den Einnahmen aus Ackerpacht- u. Jagdgeldern der Endlerschen Stiftung die Hälfte an die Legatenkasse der katholischen Kirchengemeinde St. Andreas zu zahlen. Die Zahlung wurde auf Grund besonderer Aufzeichnungen im Haushaltsplan regelmäßig geleistet, letztmalig am 6. Juni 1925 für das Pachtjahr 1924. Seitdem ist nicht mehr gezahlt worden und zwar deswegen, weil zur Ersparnis von Druckkosten eine ganze Anzahl von Ausgabe-Verrechnungsstellen, darunter auch die im vorliegenden Falle zusammengelegt und unter einer Sammelbezeichnung im Haushaltsplan aufgeführt wurde. Bei der Aufteilung war es dann unterblieben, der St. Andreas-Kirchengemeinde ihren Anteil zukommen zu lassen, ein Fehler, der sich in den folgenden Jahren wiederholt hat. Die St. Andreas-Kirchengemeinde hat nunmehr Nachzahlung seit 1925 beantragt. Der Magistrat hatte beschlossen, soweit die Rückstände nicht verjährt sind, Zahlung zu leisten und zwar für die Jahre 1926—1929 im Gesamtbetrage von 1440,62 RM. Der für das Jahr 1930 zu zahlende Betrag steht im Haushaltsplan der Volksschulen des laufenden Rechnungsjahres zur Verfügung. Für diese Zahlung und für die künftigen Zahlungen wird wieder eine Ausgabe-Verrechnungsstelle geschaffen. Vom Berichterstatter wurde noch hinzugefügt, die bürgerliche Fraktion sei davon unsympathisch berührt, daß die Stadt in diesem Falle das Recht der Verjährung für sich in Anspruch nähme.

Stadtv. Schilling (Z.) erklärte, daß die Stadt aus dem Vertrage stets die Einnahme gehabt habe und daß deshalb wohl eine moralische Pflicht der Stadt sei, die Nachzahlung ohne Einschränkung zu leisten. Er beantragte, daß auch der Betrag für das Jahr 1925 nachzuzahlen sei.

Oberbürgermeister Mertens brachte daraufhin zum Ausdruck, daß der Magistrat der Meinung gewesen sei, daß in diesem Fall von dem Recht der Verjährung Gebrauch gemacht werden könne, weil die größere Schuld an der Nichtauszahlung des Betrages den Gläubiger treffe.

Nachdem noch ein Redner der kommunistischen Fraktion gegen die Vorlage gesprochen, wurde sie unter Erweiterung durch den Antrag Schilling angenommen.

Ueber die

Umwandlung der sechsstufigen Volksschule IV in eine siebenstufige

haben wir schon eine längere Information gebracht. Da Kosten nicht entstehen, weil es sich um eine rein organisatorische Schulfrage handelt, und auch später voraussichtlich keine Mehrkosten infolge Vermehrung von Klassen zu erwarten sind — in den den nächsten Jahren ist mit einem Rückgang an Kindern für die katholische Volksschule zu rechnen. — fand die Vorlage debattelos Annahme.

Nun kam der famose Antrag der Kommunisten über die Aenderung der Verteilung der

Instandsetzungen von Schuhen und Stiefeln für die Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger

zur Verhandlung. Stadtv. Ondra forderte, daß es jedem Wohlfahrtsempfänger überlassen werden müßte, bei welchem Schuhmacher er seine Schuhe auf Kosten der Stadt reparieren lasse.

Stadtv. Schütte (S.) sprach seine Verwunderung darüber aus, daß sich die Kommunisten von der Wirtschaftspartei ins Schlepptau nehmen ließen. Die Innungsmeister seien bemüht, alle Schuhmacher von der Arbeit, die vom Beschaffungsamt verteilt würde, auszuschließen, wenn sie nicht Mitglied der Innung wären. In der vorigen Sitzung habe Stadtv. Valentin diese Frage angeschnitten und nun kämen die Kommunisten und stellten sich auf den gleichen Standpunkt wie die Wirtschaftspartei. Wenn dem Rechnung getragen würde, was die Kommunisten verlangen, dann würden denjenigen das Brot weggenommen, denen es am schlechtesten gehe. Bisher habe nämlich das Beschaffungsamt der Stadt diejenigen Schuhmacher herausgesucht für diese Arbeiten, die viele Kinder haben oder sich in Not befänden. Man habe seitens der Stadt diesen Leuten geholfen, um sie nicht auf dem Wege der Fürsorge unterstützen zu müssen. Was jetzt von den Kommunisten verlangt werde, könne in der Oeffentlichkeit nicht verantwortet werden.

Stadtv. Valentin (Wirtschaftsp.) redete von freier Wirtschaft und meinte, man wolle hier einen Handwerkerstand zugrunde richten.

Stadrat Wille trat ihm entgegen und sagte ihm, daß er nicht verstehen könne, weshalb jetzt so große Auseinandersetzungen geführt würden, da doch erst kürzlich eine Einigung zwischen Magistrat und Schuhmacherinnung in dieser Frage erfolgt sei. Es sei eine Regelung getroffen worden, von der beide Teile befriedigt gewesen seien. Deshalb sei die ganze Angelegenheit für die Magistrat erledigt. Jeder müßte dafür Verständnis haben, daß die Stadt notleidende Schuhmacher durch Arbeitsaufträge unterstütze.

Stadtv. Werny (S.) wurde schon etwas deutlicher; er sagte, daß es wichtiger sei, Familienvätern mit sechs Kindern durch Arbeitsgelegenheit vor Not zu bewahren, als Sonderinteressen einiger Schuhmacher und Lederhändler zu verfechten.

Es sprachen zu dieser Angelegenheit noch die Stadtverordneten Semmelhaack, Riechwald und Schütte. Für den kommunistischen Antrag stimmten nur die drei Kommunisten und die Wirtschaftsparteiler Valentin und Löwe.

Die Dringlichkeit eines Antrages der Kommunisten über Arbeitsbeschaffung wurde abgelehnt. Dieser Antrag hat keinerlei praktische Bedeutung, denn er empfiehlt die Durchführung von Bauvorhaben, ohne daß nachgewiesen wird, woher die Stadt für diese Projekte das Geld nehmen soll. Damit war die Stadtverordnetensitzung nach etwa dreiviertelstündiger Dauer beendet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0006

Die Flugblattverbreitung

ist noch nicht restlos durchgeführt. Verschiedene Orte konnten am letzten Sonntag nicht verbreiten, weil andere Veranstaltungen stattfanden. In diesen Orten muß die Flugblattverbreitung unbedingt in dieser Woche nachgeholt werden. Mit Recht wird von vielen Parteigenossen lebhafte Bearbeitung der Massen verlangt. Jetzt liegt es an den Ortsvereinen, durch saubere Verbreitung der Flugblätter die Bezirksleitung bei der Aufklärung der Massen zu unterstützen.

Die „Partei" für Juli

wird so rechtzeitig verschickt, daß die Verbreitung am Sonntag, den 5. Juli, erfolgen kann. Wir legen Wert auf schnelle Verbreitung, weil in dieser neuen Nummer der „Partei" die Stellung der Reichstagsfraktion zur Notverordnung behandelt wird. Weiter bringt die Juli-nummer den wesentlichsten Teil der Notverordnung, die wichtigsten Beschlüsse des Parteitages in Leipzig und beachtenswerte Mitteilungen für die Funktionäre. —

Genossinnen und Genossen, vernachlässigt in der gegenwärtigen Zeit nicht die Organisationsarbeiten. Verwendet das Material schnell und restlos. Unterlaßt vor allen Dingen nicht die Beitragskassierung aller Mitglieder. In dieser Zeit kommt es mehr wie sonst auf die Zusammenarbeit aller Funktionäre an.

Das Bezirkssekretariat.

Aus Osterwieck

owf. **Singen auf dem Denkmalsplatz.** Beide Chöre des Arbeitergesangvereins „Sängergruß" sangen am Dienstag abend abermals auf dem Denkmalsplatz. Die gebotenen Männer- und gemischten Chöre stellten wiederum das Können der Arbeitersänger unter Beweis. Die zahlreich erschienenen Zuhörer kargten nicht mit dem wohlverdienten Beifall. Die Uebungsstunde des gemischten Chors am Montag, den 6. Juli, fällt aus und findet dafür am Mittwoch, den 8. Juli, zur gewohnten Stunde statt.

Kreis Oschersleben

Badersleben, 1. Juli. Die Gemeinde Badersleben mutete es einer hiesigen Familie zu, in einer menschenunwürdigen Wohnung zu wohnen. Viele Jahre ist an der Wohnung nichts ausgebessert worden. Die Gemeinde ist der Auffassung, man habe dieser Familie eine Notwohnung übergeben und brauche sich nicht um den Zustand der Wohnung zu kümmern. Wie es in dieser „Villa" aussieht, kann man sich denken, wenn man erfährt, daß der Fußboden in der Wohnstube vollständig verfault ist. In der Familie befindet sich ein kleines Kind, das die ersten Krauchbewegungen macht; die offenen Dielen und der Sand und Schmutz gefährden natürlich das Kind. Aber die Gemeinde denkt nicht daran, etwas an der Wohnung machen zu lassen, obwohl wiederholt von amtlichen Personen festgestellt ist, daß hier dringend Ausbesserungsarbeiten ausgeführt werden müssen. U. a. liegt eine solche Feststellung des Kreisbauamtes vom 23. April 1931 vor. — Leider hat sich aus dieser Angelegenheit ein unerfreuliches Zwischenspiel entwickelt. Der Inhaber dieser Wohnung sprach kürzlich beim Gemeindevorsteher vor und wurde von seinem Beauftragten hinausgeworfen. Auf dem Hausflur soll der Interpellant sogar von einem Herrn Rode geschlagen worden sein. Es wird wohl notwendig sein, daß sich der Landrat mit diesem Vorfall befaßt, denn seit wann ist es üblich, daß Amtspersonen interpellierende Ortseinwohner mit der Faust oder mit irgendeiner Schlagwaffe schlagen?

Aus Quedlinburg

g.* **Erhebung der Getränkesteuer.** Die Bekanntmachung über die Erhebung der Getränkesteuer in Quedlinburg befindet sich in der gestrigen Nummer unseres Blattes. Wir weisen auf diese Bekanntmachung besonders hin.

g.* **Alle Eltern der Nest-, Jung- und Roten Falken** sollten es ermöglichen, ihre Kinder mit ins Zeltlager zu schicken. Wer es nicht möglich machen kann, soll es den Helfern sagen. Wo und soweit wir helfen können, wird es geschehen. Alles Nähere siehe unter Arbeiterkinderfreunde Quedlinburg in der Rubrik Jugendbewegung der heutigen Zeitung. Kein Kind darf das Zeltlager versäumen.

gr. **Noch 4 861 Arbeitsuchende im Arbeitsamtsbezirk Quedlinburg.** Nach dem letzten Bericht des Arbeitsamtes ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. In Thale zeigt sich leichte Besserung. Die bestehende Kurzarbeit wurde verringert. Mägdesprung konnte Einstellungen vornehmen. Auch in Nachterstedt läßt sich eine Besserung feststellen. Die Kurzarbeit wurde zum größten Teil aufgehoben, so daß nur noch 200 Mann einen Tag in der Woche aussetzen müssen. In Quedlinburg selbst kann man in der Metallindustrie keine Besserung feststellen, einzig die Landwirtschaft ist aufnahmefähig. Auch im Obst- und Gemüsebau und in Gartenbaubetrieben wird voll gearbeitet. Selbst die Bauhandwerker, Maler und Dachdecker sind zum großen Teil noch arbeitslos und es besteht keine Aussicht, daß diese Leute jemals wieder die neue Karenz in der Arbeitslosenversicherung nach der Notverordnung erreichen. Die Folge davon ist eine weitere Zunahme der Wohlfahrtsarbeitslosen.

Kreis Quedlinburg

Nachterstedt, 1. Juli. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei findet am Sonnabend, den 5. Juli, 20 Uhr, im Koffee bei Ernst statt.

Aus Thale

tb. **Aus der Stadtverordnetensitzung.** Als Berichterstatter für die Sparkassenabrechnung legte Stadto. Matthaes die Gründe dar, weshalb die Sparkasse keine Darlehen ausgeben konnte. Trotz Wirtschaftskrise konnte ein Gewinn von 14 374,05 RM. erzielt werden. Dieser Reingewinn soll dem Reservefonds überwiesen werden. Genehmigt wurde der Nachtrag für die gewerbliche und kaufmännische Berufsschule; es sollen auch die arbeitslosen Mädels vom Unterricht erfaßt werden. Auch wurde beschlossen, das Mieteinigungsamt dem Kreismieteinigungsamt anzugliedern. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß die Kurzarbeiter verbilligte Badepreise erhalten. Sie müssen sich dazu eine Karte im Betriebsratsbüro ausstellen lassen.

t.* **Die Ferienkinder in Wesermünde angekommen.** Aus Bremerhaven erhielten wir folgendes Telegramm: „Thalenser Kinder in Wesermünde gesund und munter angekommen und gut aufgenommen." — Diese wenigen Worte, die gegen 20.30 Uhr in Bremerhaven gestern aufgegeben wurden, werden vor allem bei den Eltern der Kinder Freude erwecken. Ueber den Verlauf des Ferienaufenthaltes der Kinder in Wesermünde wird noch berichtet werden.

Genossenschaftliches

Die Bremer Einheitsliste der Kommunisten haben bei den Betriebsrätewahlen zum Allgemeinen Konsum-Verein eine vernichtende Niederlage erlitten. Die SPD.-Liste erhielt 3414 Stimmen, die KPD.-Liste 624 und die der kommunistischen Opposition 153 Stimmen.

Mitteldeutsche Rundschau.

Der Blankenburger Kreisetat angenommen.

Blankenburg. Der Kreistag beschäftigte sich mit der Beratung des Haushaltsplanes, der mit einem Fehlbetrage von insgesamt 435 000 Mark abschließt. Gegen die Stimme des einen Kommunisten wurde der Haushaltsplan schließlich angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten zu, weil eine Ablehnung die Ausschaltung des Selbstverwaltungsrechtes bedeuten würde. Es soll lediglich der Versuch gemacht werden im Wegebauetat noch 50 000 Mark einzusparen. Bei Bestellungen und Lieferungen für den Kreis sollen kreiseingesessene Firmen, die ihren Arbeitnehmern den Tariflohn bezahlen, berücksichtigt werden. Doppelverdiener sollen in den vom Kreis verwalteten Betrieben nicht geduldet werden, doch sollen in solchen Fällen, in denen der Kreisgemeindeverband finanziell Schaden erleiden würde Ausnahmen zugelassen werden. Zur Entlastung des Wohlfahrtsetats will man in Zukunft versuchen, ehrenamtlich tätige Personen heranzuziehen.

Das Brunnenunglück in Altmersleben.

Salzwedel. Am Dienstag weilte in Altmersleben der Staatsanwaltschaftsrat, um die Vernehmungen der Zeugen des schweren Brunnenunglücks durchzuführen. Auch ein Vertreter der Baugewerksberufsgenossenschaft aus Magdeburg ist in Altmersleben eingetroffen. Die Bergungsarbeiten an der Unfallstelle sind noch nicht beendet. Mit der Bergung der Leiche des verunglückten Friedrichs ist erst im Laufe des Mittwoch zu rechnen. Die weiteren Arbeiten werden jetzt unter Aufsicht des Kreisbaumeisters ausgeführt.

Eine ganze Familie an Fleischvergiftung schwer erkrankt.

Schönebeck. In Bad Salzelmen erkrankte nach dem Mittagessen die aus sechs Personen bestehende Familie des Bäckermeisters Schönian. In bedenklichem Zustande mußten sämtliche Familienmitglieder dem Krankenhaus in Schönebeck zugeführt werden. Es wurde Fleischvergiftung festgestellt, die man auf den Genuß verdorbener Rouladen, denen Pilze zugesetzt waren, zurückführt.

Waldbrand im Kreise Stendal.

Stendal. In der Forst des Rittergutes Ballerstedt-Birkholz im Kreise Stendal entstand aus nicht geklärter Ursache in dem Kahlschlag an dem Wege von Birkholz nach Jerchel ein Brand. Das Feuer fand an dem trockenen Busch- und Grubenholz sowie an dem dort lagernden bereits verkauften Brennholz reiche Nahrung, konnte aber dank energischen Eingreifens an weiterer Ausdehnung verhindert werden.

Das neue Schwimmbad in Harzburg.

Bad Harzburg. Das auf dem Sägemühlengrundstück errichtete Schwimmbad ist jetzt vollendet. Man ist jetzt mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Einweihung findet am 4. Juli statt.

7 Gebäude eingeäschert.

Osterode (Harz). Auf dem Anwesen des Landwirts Gustav Thiele in Wulften brach Feuer aus, das sich innerhalb kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte, dem sieben Gebäude zum Opfer fielen. Ehe die Feuerwehren eingreifen konnten, stand auch das Anwesen der Witwe Lohrengel in der Mühlenstraße in Flammen. Es brannten insgesamt zwei Wohnhäuser, zwei Scheunen und drei Stallungen nieder. Das Inventar ist zum größten Teil vernichtet, während das Vieh gerettet werden konnte. Das Feuer fand an den Fachwerkhäusern und den mit Stroh gefüllten Scheunen reiche Nahrung. An der Brandstelle, die einen trostlosen Anblick bietet, waren die Feuerwehren aus Wulften, Schwiegershausen und die hiesige Motorspritze erschienen.

Vom Pferd erschlagen.

Sangerhausen. In Mohrungen ereignete sich ein tödlicher Unfall. Die Pferde des Landwirts Ludwig aus Großleinungen scheuten vor einem Lastzug. Die 22jährige Gertrud Ludwig, die in der Schoßkelle des Gespannes saß, wurde von einem Pferde so unglücklich getreten, daß sie auf der Stelle tot war.

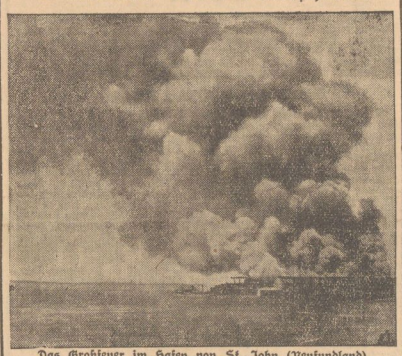
Eine Witwe in ihrer Wohnung überfallen und niedergestochen.

Magdeburg. Am Dienstagabend nach 5.30 Uhr erschien in der Wohnung einer in der Benedictschen Straße wohnenden Witwe der ihr unbekannte Maler Wilhelm Dädder aus der Wallstraße und forderte Herausgabe angeblich dem Untermieter der Frau gehörende Gegenstände. Als die Frau dies verweigerte, zog D. ein Messer heraus und stach mehrfach auf sie ein. Auf die lauten Hilferufe der Ueberfallenen flüchtete der Messerheld, konnte jedoch nach kurzer Zeit von der Kriminalpolizei festgenommen werden. Die Frau wurde mit Stichverletzungen in Brust und Armen dem Altstädter Krankenhaus zugeführt.

Vom eigenen Geschirr tödlich überfahren.

Jessen. Im benachbarten Kleindröben verunglückte der 62 Jahre alte Landwirt Louis Wetzer tödlich. Er war mit dem Heueinfahren beschäftigt und saß auf seinem Wagen. Als die Kühe plötzlich anzogen, fiel er herunter, und der schwere Wagen ging über ihn hinweg. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er ihnen bald darauf erlag.

10 Millionen Dollar Brandschaden.



Das Großfeuer im Hafen von St. John (Neufundland),

hat einen Schaden von 10 Millionen Dollar angerichtet. Neben den großen Warenspeichern fielen auch einige Schiffe den Flammen zum Opfer.

Verzweiflungstat eines Kranken. Eine furchtbare Verzweiflungstat beging ein 34jähriger Arbeiter in St. Etienne (Frankreich). Seit Jahren schwer leidend, hatte der Unglückliche jede Hoffnung auf Heilung aufgegeben und beschloß den Entschluß gefaßt, seinem Leben ein Ende zu machen. In den Morgenstunden des Mittwoch begab er sich in das Schlafzimmer seiner siebenjährigen Tochter und tötete das Kind durch eine Kugel in den Kopf. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und machte auch seinem Leben ein Ende. In einem an seine abwesende Frau hinterlassenen Brief erklärte er, daß er sein Leiden nicht länger habe ertragen können und es vorgezogen habe, sein Kind mit in den Tod zu nehmen.

Verheerender Sturm in Ungarn. Wie aus Szegedin gemeldet wird, wütete in den vergangenen Tagen im südlichen Teile des Komitats Csograd ein verheerender Sturm, der von Hagelschlägen begleitet war. Der Bezirk von fünf Gemeinden wurde vollständig zerstört. Auf einer Strecke von 40 km wurde in einer Breite von 8—10 km die Ernte vollständig vernichtet. Auch die weltberühmten Szegediner Paprikaanlagen sind dem Sturm zum Opfer gefallen. Die Regierung hat sofort Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Neuer Flug-Weltrekord.

Die französische Fliegerin Maryse Bastie,

die am Sonntag morgen mit ihrem Klemm-Kleinflugzeug in Le Bourget aufgestiegen war, um den Streckenweltrekord für Kleinflugzeuge zu brechen, ist am Montag in der Nähe von Nishni-Nowgorod gelandet. Sie hat insgesamt 2890 Kilometer zurückgelegt und damit den bisherigen Rekord mit 2655 Kilometer gebrochen.

Wirtschaft und Handel

Der Großhandelsindex hat in der dritten Juniwoche um 0,5 Prozent angezogen und zwar stieg er, die Preise von 1913 = 100 gesetzt, von 112,2 auf 113,8. Bei den Agrarartikeln liegt eine Steigerung um 1 Prozent vor (Anziehen der Getreide- und der Viehpreise). Die industriellen Rohstoff- und Halbwaren haben sich ebenfalls um 0,5 Prozent gesteigert. Bei den industriellen Fertigwaren ist eine Ermäßigung um 0,1 Prozent eingetreten.

Buttermarkt. Berliner Butterpreise vom 1. Juli: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten. 1. Sorte 118 Mark, 2. Sorte 108 Mark, abfallende Sorten 93 Mark. Tendenz: ruhig.

Berliner Getreidebörse vom 1. Juli.

	30. Juni	1. Juli
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	270.— bis 272.—	269 — bis 271.—
Roggen	213.— bis 215.—	213.— bis 215.—
Braugerste	—.— bis —.—	—.— bis —.—
Futter- und Industriegerste	180.— bis 198.—	178.— bis 198 —
Hafer	166.— bis 170.—	165.— bis 169.—
Weizenmehl	31.75 bis 37.10	31.75 bis 37.00
Roggenmehl	28.50 bis 31.00	28.50 bis 31.00
Weizenkleie	13.00 bis 13.25	12.75 bis 13.00
Roggenkleie	11.75 bis 12.00	11.50 bis 11.75

Frühkartoffel-Versteigerung in Calbe am Donnerstag, den 2. Juli. Auf der Vormittags-Versteigerung gelangten 2050 Zentner Frühkartoffeln (Holländer Erstlinge) zum Angebot. Es wurden RM. 6.02—6.70 der Zentner einschließlich Sack erzielt.

Jugendbewegung

Proletarischer Volkssanitätskreis Halberstadt. Am Freitagabend ist Tanzen im Marie-Hauptmannstift. Kommt alle zahlreich.

Kinderfreunde Halberstadt. Rote Falken: Heute ist Heim. Anschließend Versammlung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A. J.)

Halberstadt. Heute wichtige Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus (Mittelzimmer). Jeder muß erscheinen.

Unterbezirk Halberstadt-Wernigerode. Am 1. und 2. August findet anläßlich des Bezirksturn- und Sportfestes der Arbeitersportler in Wernigerode ein großer Aufmarsch der Soz. Arbeiterjugend statt. Alle Gruppen müssen die Tage unbedingt von eigenen Veranstaltungen freihalten, damit jede Ortsgruppe in genügender Stärke antreten kann. Die Teilnehmermeldungen sind jetzt schon an den Genossen Fritz Müller, Wernigerode, Friedrichstr. 139 zu richten.

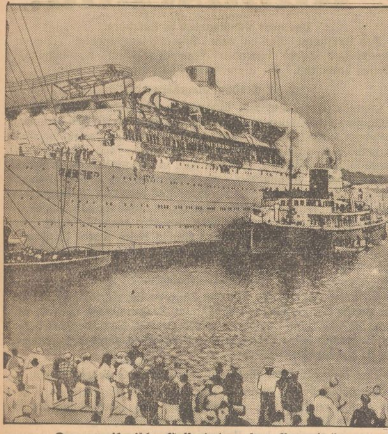
Arbeitsgemeinschaft „Harz" der S.A.J. Am Sonntag, den 5. Juli 1931, vormittags 10 Uhr, findet in Quedlinburg, Telerthaus, unsere Führersitzung statt. Hieran haben die Ortsgruppen- und Unterbezirksleiter, sowie sämtliche abkömmlichen Funktionäre teilzunehmen. Durch Rundschreiben sind die Einzelheiten der Tagesordnung bekanntgegeben. In den Gruppen muß dazu Stellung genommen werden. Hinzuweisen sei hierdurch nochmals auf die Veranstaltungen der Ortsgruppe Gusten am 4. und 5. Juli. Festgestellt ist, daß ein ganz Teil Ortsgruppen unserer Arbeitsgemeinschaft dem Bezirk gegenüber es unterlassen hat, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Meldungen zum Falkenleiterkursus am 18. und 19. Juli in Magdeburg sind bis heute noch aus von den Gruppen: Aschersleben, Güntersberge, Harzgerode, Nachterstedt und Osterwieck. Bis heute haben die Ortsgruppen Ballenstedt, Güntersberge, Halberstadt, Ilsenburg, Osterwieck, Quedlinburg, Suderode, Wernigerode und Nachterstedt noch nicht ihren Verkauf der Internationalen Marken abgerechnet. Die Mitglieder haben die Aufgabe, die verantwortlichen Funktionäre der Gruppe immer wieder an die ordnungsgemäße Erfüllung dieser Dinge zu erinnern. Ueberall gilt es jetzt Reklame und Stimmung für die Teilnahme an unserem 6. Reichsarbeiter-Jugend-Tag und unser Reichszeltlager auf der Rheininsel Namedy zu machen. Wir sind bemüht, billigste Fahrt[illegible] auszunutzen. Für den 2. August ist in Wernigerode das Bezirkssportfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vorgesehen. Es wird die Beteiligung den S.A.J.-Gruppen dringend empfohlen.

Wernigerode. Am Donnerstag müssen alle Mitglieder zur Flugblattverbreitung um 20 Uhr im „Monopol" erscheinen.

Arbeiterkinderfreunde Quedlinburg. Alle müssen unbedingt zum Zeltlager Güntersberge. Jeder Nest-, Jung- oder Rote Falke weiß, daß höchste Pflicht ist, sich am Zeltlager zu beteiligen. Wer die 10 Mark nicht gleich aufbringen kann, soll wenigstens 7 Mark aufbringen und den Rest spätestens 4 Wochen nach Beendigung des Lagers bezahlen. Wer auch dieses noch nicht aufbringen kann, muß das sofort seinem Gruppenleiter sagen. Wo wir können, helfen wir, soweit es unsere Mittel zulassen. Noch in dieser Woche die Ihr alle ins Zeltlager mitwollt. Auch bei Eurem Gruppenleiter melden, sonst könnt Ihr nicht mit. Und wer möchte das Lager verpassen? Das nähere Programm über das Zeltlager folgt in den nächsten Tagen an dieser Stelle. Parole: Auf ins Zeltlager Güntersberge!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0007

Ozeandampfer in Brand.



Der amerikanische Passagierdampfer „Bermuda" (19 000 Tonnen) in Flammen.

In Hamilton (Bermuda-Inseln) brannte der 19 000 Tonnen-Dampfer „Bermuda" völlig aus und sank. Die Passagiere konnten gerettet werden, ein Mann der Besatzung kam in den Flammen um.

Das ist der Faschismus!

„Der Faschismus hat aber außerdem jede Regung einer selbständigen Arbeiterbewegung in Italien radikal ausgerottet; es gibt heute **weder eine Arbeiterpartei, noch Gewerkschaften, noch Genossenschaften.** In dem Gewerkschaftsersatz, den Mussolini nicht etwa für gewerkschaftliche Aufgaben, sondern ausschließlich zum Zweck der ökonomischen Beherrschung der Massen eingerichtet hat, besitzen die Arbeitnehmer keinerlei Recht und Einfluß. Die „Bonzen", 12 000 an der Zahl, sind großenteils beschäftigungslose Akademiker, die von der faschistischen Zentrale ernannt werden. Jeder Lohnkampf und Streik ist verboten und wird schwer bestraft. Wer nicht der faschistischen Organisation angehört, bekommt keine Arbeit."

(Aus der Broschüre: „Diktatur".)

So soll es nach dem Willen der deutschen Faschisten auch bei uns werden, wenn das „Dritte Reich" der Nazis kommen würde.

Aus dem Leserkreise

Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.

Dienstag abend, ungefähr 22 Uhr. Vor einer Gastwirtschaft im Weingarten nahe am Breiteweg liegt regungslos ein Mann, dem aus einer Kopfwunde Blut über das Gesicht läuft. Wie immer bei solchen Gelegenheiten steht eine Anzahl untätiger Neugieriger dabei. Aus ihren Reden ist zu entnehmen, daß der Mann in der Gastwirtschaft ein Glas Bier getrunken hat. Er ist dann wieder hinausgegangen und vor der Tür gestürzt.

Wer nun aber glaubt, daß sich aus der Wirtschaft jemand um den Verletzten kümmerte, ist sehr im Irrtum. Ich kam mit einigen Freunden in diese Situation. Als wir von den Leuten aus der Gastwirtschaft Wasser verlangten, um dem Manne das Blut abzuwaschen, wurde uns das mit dem lächerlichen Grunde verweigert, man habe keine Schüssel. Auch in der Gaststube selbst wurde uns das Wasser nicht gegeben. Man muß sich diese Art von Gastwirten merken, denen nur das Geld ihrer Gäste lieb ist!

Die Geschichte ist aber noch nicht zu Ende. In der Wirtschaft weilten auch zwei Polizeibeamte. Auch diese hielten es nicht für nötig, sich um den Verletzten zu kümmern, wahrscheinlich, weil sie nicht im Dienst waren. Der eine verließ das Lokal mit dem Hinweis, es sei nach dem Krankenauto telephoniert worden. Ob das der Fall ist, wage ich zu bezweifeln; denn solange wir da waren, ist es nicht gekommen, trotzdem es doch sonst nur sehr kurze Zeit dauert, bis das Auto zur Stelle ist. Der zweite Beamte kam einige Zeit später aus der Gastwirtschaft und sagte so im Vorbeigehen, man solle doch mal die Streife auf dem Breiteweg suchen. Ist das Verhalten dieser beiden Beamten etwa so, wie man es erwarten müßte?

Und noch ein Drittes. Es fanden sich dann einige Männer, die den Verletzten aufhoben und nach seiner Wohnung brachten. Als einer der Umstehenden aufgefordert wurde, mit zuzufassen, sagte er: „Das mache ich nicht, das ist ja einer vom Reichsbanner!" Der Sprecher war — selbstverständlich — ein Mitglied der Nazis. Wir kennen diesen hilfsbereiten Burschen genau, hat er doch früher einmal das Mitgliedsbuch einer Arbeiterwandererorganisation besessen.

Man lernt aus diesen kleinen Begebenheiten. Und man wird auch zu gegebener Zeit die Konsequenzen daraus ziehen. fb.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Halberstadt. Jungbanner. Sämtliche Jugendkameraden und Schutzsportler sowie alle Braunschweigfahrer treten heute abend 19.30 Uhr, bei Otto Bollmann an. Anzug: Bundeskleidung.

Halberstadt. Heute, 19.30 Uhr, Antreten beim Kameraden O. Bollmann. Versammlung der Ortsgruppen Halberstadt und Wehrstedt bei Raeke. Vorher Umzug.

Wehrstedt. Die Reichsbannerortsgruppe will sich als Bezirk der Halberstädter Ortsgruppe eingliedern. Eine außerordentliche Generalversammlung soll am Donnerstag, den 2. Juli, 20.30 Uhr bei Raeke hierüber entscheiden. Hierzu werden hiermit die Kameraden geladen. Erscheinen ist Pflicht.

Osterwieck. Alle Kameraden, welche am Reichsbannertreffen in Braunschweig teilnehmen, werden gebeten, sich umgehend beim Kam. Otto Ihle, Sacktor, zu melden. Am Sonnabend, abend 20 Uhr, findet im Ratsgarten eine Zusammenkunft aller Braunschweigfahrer statt.

Quedlinburg. Diejenigen Kameraden, welche am 19. Juli, mit nach Braunschweig fahren wollen, werden gebeten, sich schnellstens in eine bei Kamerad Schüßler aufliegende Liste einzutragen. Der Fahrpreis beträgt pro Person 2 Mark und kann in Raten bis zum 15. Juli bezahlt werden.

Sport

A.-S.-V. „Wasserfreunde" Halberstadt. Am Sonnabend und Sonntag feiern die Osterwiecker Arbeiterschwimmer ihr zehnjähriges Bestehen. Die „Wasserfreunde" als Gründer des Brudervereins beteiligen sich daran. Die Genossen, die am Sonnabend mit dem Rade fahren, treffen sich um 16 und um 18 Uhr bei Rubberg. Die am Sonntag Nachkommenden fahren um 7 Uhr von Rubberg ab.

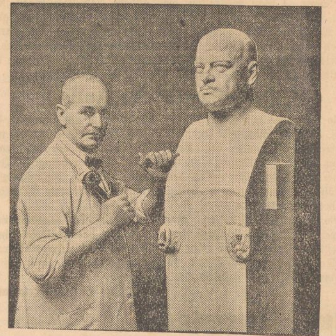
Aus dem andern Lager.

Verein für Deutsche Schäferhunde. Schäferhundprüfung. Vom schönen Wetter begünstigt konnte die Ortsgruppe Halberstadt am letzten Sonntag eine Jugendveranlagungs-Prüfung durchführen. In stattlicher Zahl — 9 Rüden und 2 Hündinnen — hatten sich die Prüflinge eingefunden. Was ist eine Jugendveranlagung? Bei dieser Prüfung wird keine fertige Arbeit und keine Leistung verlangt, sondern es soll nur festgestellt werden, ob der Hund (es kommen nur Tiere bis zu 10 Monaten in Frage) die Eigenschaften besitzt, die man von einem deutschen Schäferhund verlangt, das ist Gehorsam, gute Nase, straffe Nerven und Schärfe. Alle Tiere besaßen diese Eigenschaften. Das Richteramt hatten die Sportfreunde Galli und Reil. Nachstehend die Namen der Hunde und Führer sowie die Note: Baldo v. Drachenloch, vorzüglich, Bes. u. Führer W. Becker-Harsleben, Bole von Drachenfels, vorzüglich, Besitzer W. Glanz-Harsleben, Cito vom Harzgau, vorzügl., Besitzer G. Rafehorn, hier, Claus vom Harzgau, sehr gut, Besitzer Otto Ramme, hier, Bodo vom Drachenloch, vorzüglich, Besitzer G. Ostwald, hier, Greif v. Drachenloch, vorzüglich, Besitzer Fr. Rauhe, hier, Cäsar vom Jägerplätzle, sehr gut, Besitzer Alf. Strube, hier, Barry vom Jägerplätzle, sehr gut, Besitzer R. Hildebrand, hier, Carlo vom Harzgau, vorzüglich, Besitzer G. Gehrhardt, hier, Dina z. S. Z. gemeldet, gut, Besitzer W. Grausbaum, hier, Cita v. Harzgau, vorzügl., Besitz. A. Lauer, hier. Vor kurzem fand in Wernigerode eine Zuchtprüfung statt. Hier hat der Schäferhund Harras, Besitzer und Führer Otto Held, hier, die Auszeichnung sehr gut erhalten. Von der Landes-Verbands-Ausstellung in Schönebeck konnte der Schäferhund Buko v. Tränketor, Besitzer P. Ulbricht, hier, mit einem „gut" nach Hause fahren. Mit diesen Erfolgen kann die Ortsgruppe Halberstadt zufrieden sein.

„Dionys" gewinnt das Derby. Bei Massenbesuch wurde am Sonntag in Hamburg-Horn zum 63. Male das Deutsche Derby gelaufen. 17 Pferde erschinen am Start. Sieger wurde der in den letzten Tagen zum Favoriten erhobene Hengst „Dionys" des Preußischen Staatsgestütes Gradiß mit dem Jockei Böhlke vor von Oppenheimers „Adrienne" und Dillmanns „Missouri" und Granville. Der Toto zahlte 28 Sieg, 14, 37, 21, 21 Platz.

Deutsche Handballmeisterschaft. In Leipzig wurde am Sonntag vor 12 000 Zuschauern die zum ersten Male von Turnern und Sportlern gemeinsam durchgeführte deutsche Handballmeisterschaft ausgetragen. Im Männerspiel siegte der Polizeisportverein Berlin mit 12:5 Toren über den Turnverein Krefeld-Oppum, während das Frauenspiel den Vertreter der Turnerschaft, den Turnverein „Vorwärts"-Breslau, mit 4:3 Toren gegen den S.-C. Charlottenburg als Sieger sah.

Die Büste für das Stresemann-Ehrenmal in Mainz.



Bildhauer Lugwig Lipp legt die letzte Hand an sein Werk.

Das Stresemann-Ehrenmal in Mainz, das am 5. Juli feierlich eingeweiht werden soll, hat jetzt eine Büste des verstorbenen Außenministers erhalten, die von dem Bildhauer Ludwig Lipp hergestellt wurde.

Amtliche Wetternachrichten

Voraussichtliche Witterung bis 3. Juli, abends:

Das mit dem letzten Polarlufteinbruch zusammenhängende Hochdruckgebiet war nur auf die unteren Luftschichten beschränkt und gelangte zur Auflösung, als die bodennahen Luftschichten erwärmt waren. In Mitteleuropa hat sich dabei wieder schnell tiefer Luftdruck eingestellt, so daß von allen Seiten Luft gegen Europa herangesogen wird. Zunächst fließt von Süden her warme Luft über Südfrankreich und die Alpen nach Norden. Dabei sind in den Alpenländern verbreitete und starke Gewitterregen aufgetreten. Von Westen her kommen gleichzeitig kühle Luftmassen heran. In Mitteleuropa wird beim Zusammentreffen der verschiedenartigen Strömungen Niederschlag und Gewitterneigung auftreten und schließlich wird ein neuer Polarlufteinbruch Abkühlung bringen.

Aussichten: Zunächst warm, unbeständig, Neigung zu Regen und Gewittern, zeitweise aber auch aufklarend. Später Abkühlung.

Beilagen-Hinweis

Nieren- und Blasenleiden, Nieren- und Blasensteine. Wie man sie verhütet und wie man sie wirksam bekämpft. Zur Beseitigung der überschüssigen Harnsäure, zur Entgiftung und Verjüngung des Blutes kennt die Wissenschaft nichts Besseres und Wirksameres als eine richtig und konsequent durchgeführte Haustrinkkur mit dem berühmten „Altbuchhorster Marksprudel, Starkquelle" (Jod-Eisen-Mangan-Kochsalz-Quelle), über dessen Zusammensetzung und einzig dastehende Wirkung unsere Leser Näheres aus dem unserer heutigen Stadt-Auflage beiliegenden Prospekt zu ersehen belieben.

Schlachthof-Freibank Freitag von 8 bis 10 Uhr
Rind- und Schweinefleisch (roh), Pfund 40 Pfg.
Schweinefleisch (gedämpft) . . . . Pfd. 30 Pfg.
Kalb- und Hammelfleisch . . . . Pfd. 40 Pfg.

Landhaus am gläsernen Mönch
empfiehlt täglich von 6—8 Uhr abends
ff. neue Kartoffeln und Delikateß-Matjes-Hering
Eine große Portion mit Butter für nur 45 Pfg., ohne Butter für nur 35 Pfg.
Bedienungsgeld wird nicht erhoben.

So billig wie noch nie!
Kammgarn-Anzüge
aus Maßstoffen
78.00 65.00 54.00 48.00 42.00
Emil Plettner
Schmiedestraße 24

Hühneraugenpflaster auf grünem Samt.
Hühneraugen-Collodium z. Aufpinseln
Rats-Apotheke.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
Die amtliche Gewinnliste zu 10 Pfg. ist eingetroffen.
Die Ziehung d. 4. Klasse findet am 13. u. 14. Juli statt.
Erneuerungslose müssen bis 6. Juli eingelöst werden.
Junkermann, Staatl. Lott.-Einn., Martiniplan 1.

Wehrmann-Schnitzel-Seife
Es gibt nichts Besseres und Praktischeres für
Wasch-Maschinen und Kessel
1/1 Pfund 75 Pf.
1/2 Pfund 38 Pf.
5 Pfund 3.50 Mk.
In vielen Geschäften zu haben.
Gebrüder Gaih
Seifenfabrik
Schmiedestraße 32
Fischmarkt 8

Merz'sche Salbe gegen Flechten.
Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke

20 % Edamer
4-Pfd.-Kugel, Pfd 60 Pfg.
1/4 Pfd. nur 15 Pfg.
Naverma gibt 5 % Rabatt!

Achtung! Empfehle zum Freitag und Sonnabend von 5—7 Uhr
warmes Pökelfleisch
sowie alle Sorten prima Hausschlachtewurst, Rotwurst, Leberwurst und Sülze 80 Pfg., prima Gehacktes 80 Pfg., prima Harzer Schmorwurst und gekochte Mettwurst 1.— Mk., gekochter Schinken 1/4 Pfd. 40 Pfg.
H. Basse, Fleischermeister,
Franziskanerstr. 17 Kulkstr. 2 Fernsprecher 1718.

Neue Kartoffeln . . . 10 Pfd. 80 Pfg.
Sch.-Erbsen . . . . . . 3 Pfd. 25 Pfg.
Mohrrüben . . 1/2 Schock-Bund 20 Pfg.
Kohlrabi . . . . Mandel 75 Pfg.
Tomaten . . . . . . Pfd. 30 u. 50 Pfg.
Kirschen . . . . Pfd. 20 Pfg.
sowie alles andere Frühgemüse billigst im
Obst- und Gemüse-Lager
Walter-Rathenaustraße 29.
Telephon 2260. Sonntags von 7 bis 9 Uhr geöffnet.

Billig! **Billig!**
Täglich blutfrische
Seefische : ff. Fischfilet : Seehecht
zu billigsten Preisen.
Richters Fischzentrale Hoheweg 4 Eingang Dominikanerstraße

Kanarien-Weibchen

junge und alte kaufe Freitag zu höchsten Preisen von 12 1/2—4 Uhr i. Gewerkschaftshaus Halberstadt Gerberstraße.

Autoruf 1067
Harz-, Hochzeit- u. Kindtauffahrten, mit elegant. 6-sitzer Adler, billigst.
H. Wilmskötter, Roonstr. 24

Freibank Quedlinburg.
Freitag, den 3. Juli 1931, von 13 bis 14 Uhr:
5 Zentner Fleisch
rohes Rindfleisch Pfd. 50 Pf.
„ Schweinefleisch . 40 .

Inserieren bringt Gewinn!!

Hamburger Fischhalle
Martiniplan 33, Telephon 2172
lebende Aale u. Schleie
Täglich frische Seefische.
ff. Räucherwaren
Neue Matjes-Heringe
Maltakartoffeln

Fisch blutfrisch billig
Freitag, Breiteweg 52 (Toreinfahrt)
Fisch-Jürgens Wesermünde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Moltenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2318), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 151 | **Donnerstag, den 2. Juli 1931** | **6. Jahrgang**

Amerikas letztes Wort?

Ein neues Memorandum an Frankreich. — Von der Linie Hoovers wird aber nicht abgegangen.

Die in Paris geführten französisch-amerikanischen Verhandlungen sind auch am Mittwoch nicht vom Fleck gekommen. Das Ereignis der Mittwoch-Besprechungen war die Uebermittlung eines

Memorandums des amerikanischen Staatspräsidenten

an die französische Regierung. In diesem, sieben Schreibmaschinenseiten umfassenden Dokument, dessen Veröffentlichung am Donnerstag von Washington aus vorgenommen werden soll, setzt Hoover im wesentlichen auseinander, warum er an seinem bisherigen Standpunkt festgehalten hat und weiterhin festhalten wird. Neue Vorschläge zur Ueberwindung der bisher bestehenden Differenzen sollen in dem Memorandum nicht enthalten sein. Jedoch würden einzelne Punkte des Dokuments durch die amerikanischen Verhandlungsführer mündlich erläutert.

Die französische Regierung wird sich mit dem neuesten Dokument des amerikanischen Staatspräsidenten am Donnerstag vormittag befassen. Bis dahin dürfte ihr von Amerika

ein neuer Vermittlungsvorschlag

unterbreitet werden, der darauf hinausläuft, die ungeschützte Annuität bis auf weiteres durch

deutsche Sachleistungen

sichern zu lassen. Deutschland soll zum Zwecke der Finanzierung dieser Leistungen langfristige Schuldverschreibungen über 450 Millionen jährlich ausgeben. Die Tilgung ist in 25 gleichen Raten und zwar in der Zeit von 1933 bis 1958 gedacht.

Inwieweit dieser neue Vorschlag die Möglichkeit zu einer Verständigung bietet, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Die Entscheidung darüber liegt jedoch in erster Linie bei Frankreich.

Noch keine Annäherung.

Ein französisches Kommunique.

Paris, 2. Juli. (Eig. Drahtb.). Ministerpräsident Laval übergab der Presse nach der gestrigen Nachmittagssitzung folgendes Kommunique über die Beratung:

„Im Laufe der Sitzung haben Schatzkanzler Mellon und Botschafter Edge den Text eines Schriftstückes bekanntgegeben, das dazu bestimmt ist, Aufklärung über die Stellung der amerikanischen Regierung bei den im Gang befindlichen Verhandlungen zu geben. Dieses Memorandum läßt außer dem Willen der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen, noch merkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen erkennen. Das Dokument wird von der Washingtoner Regierung veröffentlicht, von den interessierten französischen Ministerien durchgearbeitet und im Laufe eines Ministerrats geprüft werden, der für morgen vormittag einberufen wurde. Die nächste Sitzung der französischen und amerikanischen Unterhändler findet Donnerstag abend um 9.30 Uhr statt."

Das Kommunique zeigt, daß bisher eine Annäherung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt nicht erfolgt ist. Der späte Termin für die nächste Beratung ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Laval und Finanzminister Flandin am Donnerstag nachmittag in der Kammer festgehalten sind.

Französische Enttäuschung.

Paris, 2. Juli. (Eig. Funkm.). Das amerikanische Memorandum, das am Mittwoch dem französischen Unterhändler überreicht worden ist, wird von den französischen Zeitungen durchweg ungünstig beurteilt. Der „Matin" gibt kein Werturteil ab, erklärt aber, daß Frankreich unter Berücksichtigung der prinzipiellen Vorbehalte der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Parlament klar formuliert habe, nicht abseits bleiben dürfe, damit es in einem Jahre sagen könne, es habe loyal an einem Unternehmen teilgenommen, das man als eine edelmütige, aber letzte Untersuchung über die deutsche Nachkriegsmentalität betrachten könne. Das „Journal" schreibt, daß das amerikanische Memorandum nicht dazu angetan sei, eine Lösung zu erleichtern. Es sei ein sonderbares Vorgehen, Frankreich Beschlüsse aufzuzwingen, für die es allein zu entscheiden habe. Diese Taktfehler seien umso bedauerlicher, als sie in keinem Verhältnis zu den Meinungsverschiedenheiten ständen, die durchaus nicht unlösbar seien. Das „Echo de Paris" bezeichnet das amerikanische Memorandum als unannehmbar. Der Kern des ganzen Unternehmens sei, daß die amerikanischen Bankiers, die über die politische Lage Deutschlands sehr beunruhigt seien, ihre Kapitalien zurückziehen möchten und den Wunsch hätten, daß französisches Geld an ihre Stelle trete. Frankreich habe dem amerikanischen Vorschlage in weitgehendem Maße zugestimmt, aber in der Frage des Garantiefonds könne es nicht kapitulieren.

Frankreich verzichtet auf politische Garantien.

Die französische Regierung hat inzwischen die bisher im Zusammenhang mit dem Hoover-Plan von Deutschland geforderten politischen Garantien, die sich auf die Anerkennung der deutschen Ostgrenze, den Verzicht auf Zollunion und Anschluß von Oesterreich usw. beziehen, fallen gelassen.

Am Verhandlungstisch.

Von links nach rechts: Außenminister Briand, der amerikanische Botschafter Edge, Ministerpräsident Laval, der amerikanische Schatzsekretär Mellon, Wirtschaftsminister Poncet.

Die Lage Deutschlands.

Grumbach und Loucheur berichten.

Paris, 2. Juli. (Eig. Funkm.). In der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses der Kammer erstattete der Sozialist Grumbach gemäß dem ihm vor einer Woche erteilten Auftrag einen Bericht über die gegenwärtige Lage Deutschlands, über die er sich während seiner Reise nach Leipzig zum Parteitag der Sozialdemokratie genau unterrichten konnte. An Hand von Material legte Grumbach in seinem einstündigen Vortrag die Not der Arbeitslosen, die Lasten, die die Arbeiterklasse zu tragen hat, und die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten dar. Er setzte die Gründe auseinander, die Frankreich dazu veranlassen müßten, Deutschland zu Hilfe zu kommen. Um vollkommen objektiv zu bleiben, überließ er es jedoch dem Ausschuß, aus seinen Darlegungen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Anschluß daran gab Loucheur ein Exposé über die Maßnahmen, die nach seiner Ansicht zur Besserung der Lage Deutschlands ergriffen werden müssen. Er sprach sich u. a. für ein allgemeines Moratorium aus, was sich auch auf die Privatschulden beziehen müsse. Vor allem müsse man die deutsche Währung retten und die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches weiter sanieren. Die Kommission dankte den beiden Berichterstattern für ihre interessanten Ausführungen und beschloß, die Diskussion heute fortzusetzen und das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Das Memorandum.

Washington, 2. Juli. (Telunion). Das im Auftrage des Präsidenten Hoover von Castle und Morrow ausgearbeitete Memorandum bringt klar zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages im Laufe des nächsten Jahres

rund 100 Mill. Dollar mehr einbüßen würde,

als zweifellos würde [illegible] werden sollte, ein [illegible]klären. Selbst unter [illegible]n würde, die ungeeignet zwar annähernd [illegible]ber gezwungen sein, [illegible]ie BIZ. und weitere [illegible]ten und England abgesehen von 100 Millionen

[illegible] daß die

immer drohe.

[illegible]rtrauen wiederkehren [illegible] Waren und Effekten. Die Bedingungen, [illegible]ages knüpfe, ständen [illegible]orschlages des Präsi-

[illegible]d zu verhindern.

[illegible]ngelnen umstrittenen [illegible] sämtliche gestundeten [illegible]ren fundiert werden [illegible] von den Gläubigergezahlten Durch[illegible], daß die Zahlungen [illegible] nach Ablauf eines [illegible] diese Weise wäre die [illegible]wegs gefährdet. Die [illegible]t einverstanden, daß [illegible]tät an die BIZ. abgeführten [illegible]chsregierung auf dem [illegible]erde. Der französische Wunsch aber, daß diese Anleihe nicht der deutschen Regierung, sondern der deutschen Industrie und Finanzkonzernen zur Verfügung gestellt werde, sei

unvereinbar mit dem Hilfsplan des Präsidenten.

Auch die Anregung der französischen Regierung, daß ein Betrag von 25 Millionen Dollar aus den ungeschützten Zahlungen den durch Ausfall der Reparationseingänge besonders geschädigten mitteleuropäischen Ländern in Form einer Anleihe zuzuweisen sei, stelle eine Verletzung des Hooverschen Vorschlages dar. Die Washingtoner Regierung halte zwar daran fest, daß der gestundete Betrag über 25 Jahre verteilt werde, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, wenn andere Streitfragen aus der Welt geschafft würden. Besonders, wenn während der beiden nächsten Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

Die Befürchtungen Frankreichs,

daß es gezwungen werden könnte, den Garantiefond in die BIZ. einzuzahlen, seien grundlos, weil alle Regierungen dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt hätten. Wenn Frankreich wirklich Angst habe, dann sollten die übrigen Regierungen ausdrücklich Frankreich von der Besorgnis befreien. **Die französische Forderung aber, daß die von Deutschland während des Moratoriumjahres an die BIZ. abgeführten und auf dem Anleihewege wieder zurückerworbenen Beträge dem Garantiefond in der Weise gutgeschrieben werden sollten, als ob Frankreich selbst die Garantiezahlung geleistet hätte, stehe nicht nur mit dem Geist, sondern mit dem Wesen des Hooverschen Angebots in völligem Widerspruch.**

Außerdem verwickle diese Sonderforderung die Vorschriften des Youngplanes, was die französische Regierung doch besonders ängstlich zu vermeiden wünsche. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne über eine Abänderung des Youngplanes selbstverständlich nicht verhandeln, da sie ihn nicht unterzeichnet habe.

Abschließend appelliert die Washingtoner Regierung nochmals an Frankreich und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Pariser Regierung einen Weg finden möge, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und den Plan Hoovers in Wirksamkeit zu setzen, **da kein Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sei, ohne daß alle Staaten vorübergehende Opfer auf sich nähmen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310702-10/fragment/page=0009